

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 70 Heller

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

Aus dem Inhalt:

Neue Verhaftungen
in der Rutha-Affäre

Beginn der Budgetdebatte
im Plenum

Politischer Mord
in Oesterreich

17. Jahrgang

Mittwoch, 1. Dezember 1937

Nr. 282

Die Friedensfront geschlossen!

Sieg des Prinzips der kollektiven Sicherheit Kein Tauschgeschäft mit Hitler!

London. (E.-B.) Das wichtigste Ergebnis der Londoner Ministerberatungen ist die Tatsache, daß die Zusammenarbeit der beiden Mächte in noch höherem Maße besteht und nunmehr auf völliger Übereinstimmung auch in den mittel- und osteuropäischen Fragen beruht, mehr auf völliger Übereinstimmung auch in den mittel- und osteuropäischen Fragen beruht, mehr auf völliger Übereinstimmung auch in den mittel- und osteuropäischen Fragen beruht, mehr auf völliger Übereinstimmung auch in den mittel- und osteuropäischen Fragen beruht.

1. Die Erklärung, daß es das gemeinsame Interesse der beiden Regierungen ist, den Frieden in Mittel- und Osteuropa aufrechtzuerhalten;
2. die Feststellung, daß die Kolonialfrage nicht isoliert betrachtet werden könne und daß auch andere Länder an ihr mit interessiert seien;
3. die Aeußerung des Willens, Zugeständnisse an Deutschland überhaupt nur im Rahmen der kollektiven Sicherheit zu gewähren.

Was insbesondere die Tschechoslowakei angeht, so wurden die sie betreffenden Fragen im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wahl von Delbos nach Prag erörtert. Das dem Außenminister nachstehende Blatt „Daily Telegraph“ schreibt dazu, daß die britischen und französischen Minister sich darüber Rechenschaft abgeben, daß alle Balkan- und Donauländer in London und Paris eine kräftige und einheitliche Politik fordern, welche alle Tendenzen abwehrt, die ihre Freiheit und Unabhängigkeit gefährden würden. Weder England noch Frankreich hätten die von einer kleinen, wenn auch einflussreichen englischen Gruppe vertretene Idee in Erwägung gezogen, daß die Prager Regierung der deutschen Minderheit Autonomie gewähren soll. Es sei auch nicht anzunehmen, daß Prag solche Pläne akzeptieren würde. Man ist vielmehr in London der Ansicht, daß die Deutschen in der Tschechoslowakei ausreichende Freiheitsrechte haben.

Für Oesterreich gilt die britische Erklärung von 1934, die Englands Interesse an der Unabhängigkeit Oesterreichs ausdrückt und die

durch den Verlauf der Gespräche in ihrer Gänge bestätigt wurde.

Bemerkenswert ist, daß, entgegen den deutschen Wünschen, koloniale Zugeständnisse nur gegen deutsche Gegenleistungen in Erwägung gezogen wurden. Dabei wird vor allem an deutsche Garantien für Mittel- und Osteuropa gedacht, sowie, falls es sich um die Neuverteilung der Mandate handeln würde, an die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund und um eine Vereinbarung über die Rüstungsbeschränkung insbesondere für die Luftwaffe. Soweit die Abtretung von Kolonien überhaupt in Erwägung gezogen wird, bleiben die ehemaligen deutschen Gebiete (Deutsch-West- und Deutsch-Ostafrika) außerhalb des Bereichs des Möglichen. Man denkt eher an Togo und Kamerun. Einwärtigen aber stehen wirtschaftliche Konzessionen für eine Erleichterung des Bezugs kolonialer Rohstoffe im Vordergrund, immer vorausgesetzt, daß eine Gesamtregelung unter Einschluss deutscher Zugeständnisse möglich wird. Ob von

englisch-französischer Seite noch irgend eine Initiative ergriffen werden wird, ist zweifelhaft. Jedenfalls werden weitere Besprechungen nur auf normalem diplomatischem Wege erfolgen und später weitere Länder einbezogen werden. Von einer Einladung Neurath's nach London ist nicht mehr die Rede.

Der „Times“-Artikel nicht offiziös

London. (E.-B.) Zur Polemik einiger hochheiligen Zeitungen mit dem bekannten Artikel der „Times“ teilt uns unser Berichterstatter mit:

„Die „Times“ sind in keiner Weise ein offizielles Blatt, sondern ausschließlich ein unabhängiges Organ. Eigentümer der „Times“ ist Lord Rother, einer der Führer der deutschfreundlichen Gruppe in England. Einen Auslandsredakteur hat das Blatt überhaupt nicht. Sehr viele Leitartikel stammen aus der Feder des Lord Rother, dem früheren Privatsekretär von Lord George, Lothian ist ebenfalls ein Wortführer der deutschfreundlichen Gruppe. Es ist daher absolut unzulässig aus jenem „Times“-Artikel Schlussfolgerungen zu ziehen. Soweit überhaupt ein Blatt als Sprachrohr des Außenministeriums gelten kann, wäre am ehesten der „Daily Telegraph“ in Frage.“

Delbos: „Keine Aenderung in Mitteleuropa“

London. Der französische Außenminister Delbos jagte der Korrespondentin des Tschechoslowakischen Pressebüros in London, er freue sich, am 18. Dezember in Prag zu sein. Der in dem Kommuniqué enthaltene Teil über Mitteleuropa sei wichtig zu nehmen. Es sei keine Aenderung der Mitteleuropa-Politik erfolgt.

Die Londoner Begegnung

Zwei Tage weilten der Ministerpräsident Frankreichs Chaumemps und sein Außenminister Delbos in London, um mit den englischen Staatsmännern den ganzen Umfang der wichtigsten Fragen durchzubesprechen. Es wurden Stimmen laut, daß diese Zusammenkunft englischer und französischer Staatsmänner eine der wichtigsten diplomatischen Begegnungen der Nachkriegszeit ist. Aber übertrieb man auch die Bedeutung der Londoner Entree nicht, so war diese doch hochbedeutend, mit Rücksicht darauf, daß ihr die Informationsreise des Lord Halifax nach Berlin und Verbleibspaden vorangegangen war.

Das Ergebnis von London ist eine weitgehende Übereinstimmung der beiden Weltmächte. Seitdem Hitler zur Macht gekommen ist, besteht zwischen Großbritannien und Frankreich ein enges Einvernehmen, das man als die Basis des Friedens bezeichnen kann. Die eine Verlängerung dieser Basis reicht nach Prag, die andere nach Moskau und an der dritten, die sich bis nach New York erstrecken wird, schiedmen augenblicklich die beiden angelsächsischen Mächte die Begegnung von London hat diese bestehende Nähegruppierung nicht geschwächt, sondern gefestigt.

Die Gegner der europäischen Friedenspolitik — auch jene innerhalb der blau-weiß-roten Grenzpfähle — haben Gerüchte verbreitet, daß Halifax und Stiller ein Tauschgeschäft eingegangen seien; entweder bekommt Deutschland Kolonien und verzichtet auf die Vorherrschaft in Mitteleuropa oder erhält das Dritte Reich keine Kolonien und bekommt als Entschädigung hierfür Oesterreich, die Tschechoslowakei, vielleicht auch die ungarische Tiefebene, das rumänische Del und womöglich noch die Ukraine. Keines von beiden ist der Fall. Die Regelung der Kolonialfrage ist nicht nur Sache Englands, sondern aller jener Staaten, die im Frieden von Versailles deutsches Kolonialgebiet in Verwaltung erhalten. Es handelt sich nun darum, ob Deutschland die Rückgabe der Kolonien als Frage des politischen Prestiges oder als ökonomisches Problem betrachtet. Sicherlich ist der Zugang zu den Rohstoffgebieten ein wichtiges Problem der Weltwirtschaft und für eine Reihe von Staaten wichtig, denen der Zutritt zu diesen Gebieten versperrt ist. Diese Frage wird die Weltpolitik nach beschäftigen. Eine Regelung der Frage der Kolonien in der Richtung der deutschen Wünsche könnte höchstens so erfolgen, daß sich Deutschland zu einer Friedenssicherung auf allen Seiten entschließt. Was aber die Nazis in Mitteleuropa mehr interessiert — sowohl die in sich wie jene in Wien — ist die Frage, ob England sich der deutschen Kolonialwünsche nicht dadurch entledigt, daß es Hitler freie Hand in Mitteleuropa gewährt, nach der Erfahrung, daß man fremdes Eigentum eher weg-schenkt als eigenes. Das kann insofern nicht geschehen, als England auf die Zusammenarbeit mit Frankreich Wert legt und auf sie angewiesen ist. Frankreichs Lebensinteresse, seine Exzellenz als Großmacht bilden aber keine Forderung des Verhältnisses mit der Tschechoslowakei, die bevorstehende Reise Delbos' nach Warschau, Peking, Belgrad und Prag zeigt, daß es Frankreich nicht im mindesten einfallt, seine Interessen in Mittel- und Osteuropa aufzugeben. Da nun Paris an Prag festhält und London an Paris, braucht man in Mitteleuropa nicht die Revue zu verlesen. Die Demokratie in der Tschechoslowakei muß wachsen und auf alles vorbereitet sein. Sie kann sich ihrer Stärke und dessen bewußt sein, daß sie Freunde in Europa hat. Und zu diesen Freunden kann man nicht nur ganz Frankreich zählen, sondern auch die Mehrheit des russischen Volkes, denn auch für Englands Weltreich und Weltstellung steht alles auf dem Spiel, wenn Deutschland seine Macht über seine gegenwärtigen Grenzen ausdehnt. Deutschland benötigt seine Trophäen gegen die Tschechoslowakei als Druckmittel im weltpolitischen Spiel — das weiß man in Europa und nicht alle sind so naiv wie diejenigen, die an Henleins Flüsterpropaganda glauben. Mögen die Anhänger der Substanten Partei sich dem Glauben hingeben, Deutschland werde wegen der Substanten Krieg führen. Das Erwachen aus dieser Illusion kommt.

Inzwischen klammern sich die Hoffnungen unserer Gleichgesinnten an jede englische Pressestimme, zuletzt an den Artikel der „Times“, die u. a. gesagt hat, daß alle Staaten Weltweite für den Frieden leisten müssen: Deutschland, die Tschechoslowakei und das britische Reich. Weder

Ein englisches Blatt gegen das Verbot der „Arbeiter-Zeitung“

London. In England hat das Verbot der „Arbeiter-Zeitung“ in der Tschechoslowakei Aufsehen erregt. So schreibt die angesehenste Londoner Zeitschrift „The New Statesman and Nation“:

„Die Schwierigkeit, mitten zwischen faschistischen Nachbarn demokratisch zu regieren, wurde abermals durch das Verbot der „Arbeiter-Zeitung“, ein das berühmte Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie in Wien, wurde dem Kampf und der Niederlage der österreichischen Arbeiter im Februar 1934 in Brünn, unweit der österreichischen Grenze, herausgegeben. Obwohl auf ein kleines Format und wenige Seiten reduziert, hat sie noch beträchtliche Bedeutung und beträchtlichen Einfluss, da sie illegal die Grenzen überschreitet und in Oesterreich in einer Auflage verbreitet wird, die niemals vorher von einer illegalen Zeitung erreicht wurde. Die österreichische Regierung hat auf die Tschechoslowakei reichliche Druck ausgeübt und erreicht, daß die Herausgeber der „Arbeiter-Zeitung“ im letzten März ausgereizt wurden, das Blatt von Brünn nach Paris zu verlegen. Aber seine Auflage in Oesterreich blieb unverändert. Schlußendlich, der mit Recht oder Unrecht den Verdacht hegt, daß das Blatt immer noch aus der Tschechoslowakei kommt, setzte seinen Druck auf die tschechoslowakische Behörden fort, die sich schließlich zu dem letzten Schritt entschlossen, die Einfuhr und Verbreitung der Pariser „Arbeiter-Zeitung“ in der Tschechoslowakei zu verbieten. Die demokratische Tschechoslowakei, die ihrer Presse die Freiheit ließ, die innere und ausländische Politik zu kritisieren, wurde so dazugebracht, ein ihr freundlich gesinntes ausländisches Blatt zu verbieten, nur einem faschistischen Nachbarn zu gefallen. So, um einem faschistischen Nachbarn zu gefallen, obwohl die tschechischen als auch die deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei haben energisch gegen diese Maßregel protestiert, aber ihre Vertreter in der Koalitionsregierung waren nicht imstande, sie zu verhindern. Der Fall ist ein kleines aber vollkommenes Beispiel dafür, wie infolge der Unfähigkeit der demokratischen Mächte zusammenzustehen, die Freiheit schrittweise zerstört wird.“

Die deutschen Flieger-Deserteure mit den Apparaten geflüchtet!

London. (Ag. Sp.) Zu dem bereits bekannten Übertritt deutscher Militärlieger nach Oesterreich meldet der „Manchester Guardian“, daß diese mit zwei Armeeflugzeugen bei Schärding in Oberösterreich gelandet sind, sich beim Militärkommando in Linz gemeldet und erklärt hätten, einem Gefchwader von 14 deutschen Flugzeugen angehört zu haben, das nach Spanien fliegen sollte, was sie aber nicht mitmachen wollten.

Bomben auf Guadalajara

Madrid. (A. Sp.) Mit unvermindertem Nordgier werfen die Rebellenflieger, durch die Abwehrbatterien größerer Städte dort an ihrem Werk verhindert, ihre Bomben auf unbewachte und militärisch völlig unbedeutende Dörfer und Kleinstädte ab. Am Montag wurden mehrere Versuche, Madrid zu überfliegen, durch das wohlgezielte Feuer verhindert. Dafür wurden dann zahlreiche Häuser in Guadalajara zerstört, aus deren Trümmern bisher 37 Tote und über 50 Verletzte geholt worden sind. Und in dem kleinen Dorf Perales de Tajana töteten die Rebellenflieger vier und verletzten elf Einwohner.

Munitionslager der Cagoulards

Paris. (Havas.) Im Boulogner Wald wurden Dienstag vormittags 18 Kisten mit 576 Granaten gefunden. Die Kisten sind der gleichen Art wie diejenigen, die bei den kürzlichen Hausdurchsuchungen gefunden wurden.

Paris. Der Polizei ist es gelungen, die Eidesformel zu dechiffrieren, durch welche die Mitglieder der geheimen Verschwörer-Bewegung gebunden waren. Der Eid hat folgenden Wortlaut: „Ich gelobe der Organisation Treue, Verschwiegenheit und Gehorsam. Ich bin mir bewußt, daß jede Hebertretung der Statuten die Todesstrafe bedeutet.“

Die Pariser Zeitungen bringen Nachrichten, denen zufolge die Bewegung der Cagoulards nach dem Muster der SA-Formationen organisiert war und ein Hauptquartier, Divisionen, Brigaden, Bataillone, Einheiten und Zellen aufwies. Am Montag entdeckte die Sicher-

heitspolizei eine große Anzahl von Sanitätsmaterial; in diesem Zusammenhang wurden zwei Personen verhaftet. Die Dechiffrierung des Geheimcodes hat bisher keine wesentlich neuen Enthüllungen gebracht.

Neuer Erfolg der Japaner

Schanghai. (Reuter.) Die Chinesen geben den Verlust der Zeitung Kiangsin zu, deren Fall den Japanern den Weg freimacht. Die Japaner haben nunmehr die Möglichkeit, die Minen aus dem Wege zu räumen, welche an diesen Stellen den Gelben Fluß verbarrikadieren. Gleichzeitig wird ihnen dadurch die Möglichkeit gegeben, längs des Gelben Flusses flussaufwärts vorzurücken und Tschiankiang mit Bomben zu belegen. Auch dort ist der Gelbe Fluß verbarrikadiert. Tschiankiang stellt einen der wichtigsten Punkte der chinesischen Verteidigungslinie dar. Nach Schanghai ist eine Elite-Division der japanischen Wehrmacht entsandt worden, welche, wie es scheint, dort in Garnison belassen wird.

Die Moskauer Gewerkschaftsverhandlungen

Moskau. Die Agentur Havas meldet: Obwohl das in Moskau zwischen den Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes und den Gewerkschaftsorganisationen der Sowjetunion vereinbarte Abkommen den Zentralen zur Genehmigung vorgelegt werden muß, ist doch bereits ein wichtiger Schritt zum Zusammenschluß der internationalen Gewerkschaftsbewegung erfolgt. Neben den Staaten mit totalitären Regimen war es nur die Sowjetunion, die mit ihren 20 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern außerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbundes stand. Sobald der Anschluß der Sowjetunion an den Gewerkschaftsbund vollzogen sein wird, werden bloß die australischen, neuseeländischen und südafrikanischen außerhalb desselben stehen, mit denen die Verhandlungen sich übrigens auf gutem Wege befinden, ebenso wie mit den irischen Gewerkschaftlern, die zwar dem Gewerkschaftsbund beigetreten sind, jedoch erklärt haben, daß sie die Beiträge nicht zahlen können, was jedoch laut den Bestimmungen des Gewerkschaftsbundes unzulässig ist.

die offizielle tschechoslowakische Außenpolitik noch die subdeutsche Demokratie haben etwas dagegen, daß unser Land einen Vertrag zur großen Sache des europäischen Friedens leiste. Wir können das durch eine gute Außenpolitik und durch eine Politik der Völkerverständigung im Innern. Die Politik der aktivistischen Parteien besteht darin, das Aufkommen von Tschachen und Deutschen friedlich zu regeln. Je mehr die Vereinbarungen vom 18. Februar Wirklichkeit werden, desto mehr wird die Welt erkennen, daß es der Tschechoslowakei heiliger Ernst um die Erhaltung des Friedens in Mitteleuropa und in diesem ganzen Erdteil ist.

Debatte über den Pittsburger Vertrag. In Freiburg hielt Justizminister Dr. Déter einen Vortrag über das Pittsburger Abkommen. Der Minister sagte, aus dem Protokoll über dieses Abkommen gehe hervor, daß die beteiligten Organisationen sich dessen bewußt gewesen seien, daß ihr Programm keine gesamtstaatliche Definition für einen Staat sein konnte. Rasaraj habe den Plan der amerikanischen Vereine zur Kenntnis genommen, was er um so eher tun konnte, als der Inhalt des Protokolls von jedem vernünftigen Tschachen und Slowaken akzeptiert werden könne. Rasaraj habe aber keine staatsrechtlichen Verpflichtungen anerkannt, da es damals noch keinen tschechoslowakischen Staat gab. Wenn Rasaraj das Abkommen unterzeichnet habe, so bedeute dies, daß er das politische Programm zur Kenntnis genommen habe. Die Slowakische Volkspartei sei weder physisch noch geistig an diesem Abkommen beteiligt gewesen. Ein großer Teil dieser Gruppe war zu dem Zeitpunkt der Unterzeichnung des Protokolls ungarischfreundlich eingestellt und wandelte sich erst später zum radikalen Sozialismus. Im übrigen sei das Pittsburger Protokoll in der Slowakei realisiert worden. Die slowakische Sprache sei mit der tschechischen gleichberechtigt. Der Minister nahm Bezug auf die jüngsten Demonstrationen autonomistischer Studenten, denen er vorwarf, daß sie sich um weltliche Kulturangelegenheiten nicht kümmern. Nur jene seien wirkliche Studenten, die studieren, und nicht jene, die demonstrieren. Das Pittsburger Programm werde durch Studium und Arbeit, nicht aber durch Kundgebungen verwirklicht. Die Grundforderungen des Pittsburger Abkommens seien erfüllt worden. Die Tschachen hätten sich brüderlich verhalten und die Slowaken mühten ihnen dafür dankbar sein.

Der Senat hielt Dienstag nachmittags eine kurze Sitzung ab, in welcher drei kleinere Handelsabkommen angenommen wurden. Lediglich der kommunistische **M a i l** sprach in der Debatte. Er bekräftigte sich im Zusammenhang mit den kommenden Verhandlungen im Arbeitsministerium mit den Forderungen der Bergarbeiter nach Regelung ihrer Lohnverhältnisse. — Im Einlaß der Sitzung befanden sich u. a. der Entwurf über die Zivilingenieure, der die bisher geltenden Bestimmungen auf die Slowakei und Karpatenland ausdehnt, die Verlängerung des Bauförderungs-gesetzes und der Bestimmungen über die Steuererleichterungen bei Hausreparaturen.

Der Präsident der Republik empfing am 30. November den Rektor der Deutschen Universität, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Scharnll. Weiter empfing der Präsident den Universitätsprofessor Jan Arzák und schließlich eine Deputation des Vorbereitungsausschusses für die Feiern des 100jährigen Bestandes des Gewerbebeschulwesens in Prag.

Beginn der Budgetdebatte im Plenum:

Die Parteiführer sprechen

Konforme Stellungnahme der großen tschechischen Parteien zur Außen- und Innenpolitik

F r a g. Dienstag vormittags eröffnete das Plenum des Abgeordnetenhauses die Generaldebatte über das Budget mit einem sachlich wie formell glänzenden Referat des Berichterstatters **M e m e s.** Dann kam die erste Rednergarnitur der großen tschechischen Parteien zu Wort. Es sprachen **Beran, Hampel, Jemínova, Stábel und Ostrá.**

Die aufregenden Presse Diskussionen der letzten Tage, ob die Tschechoslowakei wirklich ein bloßes Kompensationsobjekt für die großen eng-lisch-deutschen Verhandlungen sei, der alarmierende Vorstoß der montägigen „Times“ und die auch noch nicht weit zurückliegende Goebbels-Kampagne wegen Teplín gaben der Debatte ihr besonderes Gepräge: Die vielfachen, nicht immer nur tatsächlichen Gegensätze zwischen den Koalitionsparteien, die früher bei solchen Gelegenheiten öfter zutage traten, waren diesmal rechtlos verstummt, eine seltene Einmütigkeit der Auffassungen in außen- wie in innenpolitischer Beziehung war zu sehen. Neben dem Festhalten der Tschechoslowakei an der alten Linie ihrer Außenpolitik und ihrer kategorischen Weigerung, sich einem Terror von außen zu beugen, kann nach der gestrigen Debatte auch im Ausland kein Zweifel mehr bestehen.

Innenpolitisch waren die Hinweise, daß man mit einer unbedingten, nicht auf dem Boden des Staates lebenden Partei nicht verhandeln könne, auch genug deutlich. Herrn Dr. Roschels vorausgegangene „staatsmännische“ Rede ist also wirkungslos geblieben. Eindeutig und erkenntlich war auch das Bekenntnis aller tschechischen Koalitionsparteien zu den Abmachungen des 18. Februars. Neben gewisse Vorbehalte betreffend eine Reziprozität brannten wir eine sachliche Diskussion keineswegs zu scheuen.

Entgegen den ursprünglichen Dispositionen konnte die Generaldebatte doch nicht an einem Tag beendet werden. Eine Reihe von Rednern, darunter auch **Gewisse d e W i t t e,** werden deshalb erst Mittwoch nachmittags zu Worte kommen.

Generalberichterstatter M e m e s stellte vor vollbelegtem Hause fest, daß auch die Opposition im Budgetauschuss bestrebt war, die Verhandlungen vorwärts zu bringen. Ein großer Teil der Opposition hat auch für die neuen Vorschläge zum Zwecke der Staatsverteidigung Verständnis aufgebracht. Wir waren einig, sagte **Kremel,** daß wir alle Rüstungen nur auf unserer Verteidigung unternahmen, und weil wir den Preis unserer Arbeit, unserer Demokratie und der Unabhängigkeit unserer Heimat kennen, geben wir alle spontan alles, was wir geben können. Wir sind nicht gewillt, uns unwillig überfallen und vernichten zu lassen. Man muß wissen, daß wir eine **„a r t e R u f“** für jeden sind, der unser Gebiet antastet will. Das war in großen Klagen der Welt, der mit Ausnahme einer Oppositionspartei die Verhandlungen des Ausschusses be-rührte.

Rosche macht Halifax Konkurrenz

Die **SDB** schloß als ersten Redner **Dr. Rosche** in die Debatte, der ja jetzt als Schriftmacher einer Versöhnung bei jeder Gelegenheit herausgestellt wird.

Dr. Rosche reklamiert natürlich das Verdienst, die subdeutsche Frage einer Lösung näher gebracht zu haben, für die **SDB** (!), die erst Leben in die Politik gebracht habe. Angeblich sei die **SDB** in allen ihren Beschlüssen unabhängig und in keiner Weise für die Zukunft gebunden. Er verlangt u. a. eine Volksabstimmung darüber, ob die seit 10 Jahren vorgebrachten Beschwerden der Deutschen gerechtfertigt seien; im subdeutschen Gebiet herrsche eine gesichtslose politische Unzufriedenheit. Die Budgetresolution bezüglich des nationalen Proporzess hätte nur einen Wert, wenn sie erfüllt würde, leider spreche die Erfahrung dagegen. Die Rüstungen in Deutschland hätten sich bereits so verschärft, daß es völlig unmöglich sei, weiter in einem Zustand der Animosität gegen diesen Staat zu leben. Der Weg zu einem guten Verhältnis zu Deutschland führe jedoch nur über die deutschen Volksgruppen, also offenbar nur über die **SDB,** deren Verhältnis zum Staat sich automatisch ändern werde, wenn sich das Verhältnis der Tschechoslowakei zu Deutschland ändere. Heute sei nicht mehr, wie er früher immer behauptete, das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland für die Lösung der subdeutschen Frage maßgebend, sondern das Verhältnis zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland direkt.

Beran für eine unabhängige Demokratie

Beran (**Ag.**) erklärte namens seiner Partei, daß sie mit allen Kräften zur Sicherung des Friedens und zur Konsolidierung im Innern wie nach außen beitragen wolle. Die Verträge mit den Verbündeten begünstigen nur die Sicherung des Friedens in Europa; deshalb bestehen wir auf diesen Verträgen und werden uns bemühen, sie zu erweitern. Wir werden uns in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, in ihre Regierungsform nicht einmischen, aber wir werden anrufen, daß **d a n n d a s e l b e a u c h f ü r u n s g i l t.** (Beifall.) Die Maßnahmen gegen die Emigration verteidigt **Redner** mit dem Hinweis, daß sie sich nicht nur nicht in unsere inneren Verhältnisse einmischen, sondern auch nicht unser Verhältnis zu anderen Staaten erschweren dürfe. Wir wollen nicht in den Verdacht kommen, der Mittelpunkt der Propaganda gegen welchen Staat immer zu sein.

Zur innenpolitischen Situation erklärte **Beran:** Wir wollen niemanden von der Mitarbeit in der Koalition ausschalten, sondern mit jedem zusammenarbeiten, der unseren Staat anerkennet, ein wahrhaft staatsberechtigtes Element bildet und für den demokratischen tschechoslowakischen Staat arbeiten will, wenn es nötig, auch leben will. Die **D e m o k r a t i e** ist die einzig richtige Norm für die Verwaltung unserer Staats. Die Koalition hat bewiesen, daß sie auch die schwierigsten Probleme meistern kann.

Wir sind für die aufrichtige Mitarbeit mit unseren Minderheiten in jeder Richtung und wir unterstützen daher die Bemühungen der Regierung, die seit dem 18. Februar im Gange sind, damit auch dort, wo vielleicht bisher ein Mißverständnis obwaltete, ob nun auf nationaler oder kulturellem Gebiet, der Weg zur Verständigung gefunden werde. Die Pflichten und die Verantwortung trifft jedoch beide Seiten, **Redner** urteilt deshalb auch die Anstellung tschechischer Beamter durch die deutsche Selbstverwaltung. Es müßte ein gemeinsamer Wille auf beiden Seiten und auch die nötige Gebuld vorhanden sein, ohne die es keine Einigung gebe. Die Deutschen mühten deshalb eingedenk sein, daß dieser Staat ihr

gemeinsamer Staat ist und seine Grenzen unantastbar sind. (Beifall.) Die Tschachen zu verdächtigen, daß sie die Deutschen auszunutzen oder wirtschaftlich vernichten wollen, sei kindisch.

Unter Anspielung auf die Londoner Verhandlungen sagte **Beran** weiter: Es soll nur niemand glauben, daß über und auf irgend einer internationalen Konferenz ohne uns oder gegen uns entscheiden werden könnte. (Beifall.) Wegen einer einseitigen Aktion kann niemand in der Welt etwas anrichten, denn niemand kann ihr ihre Freiheit nehmen. Wenn es notwendig ist, werden wir für die Armee und die Befestigungen auch noch weitere Opfer bringen, selbst auf Kosten des allgemeinsten Lebensstandards.

In seinen weiteren Ausführungen, die sich vornehmlich mit der Notwendigkeit zu swaren befaßten, schloß nicht die üblichen Hinweise auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützungen und auf die ansehnliche Notwendigkeit, in dieser Hinsicht andere Wege zu suchen.

Jaroš (**Ang.**) wies dem Ministerpräsidenten vor, daß er das Problem der ungarischen Minderheit nur oberflächlich kenne. Sie verlange ungarische Beamte, Richter, Eisenbahner, Postler usw. Für das Budget könnten sie keine Verantwortung übernehmen.

Hampel dankt den deutschen Sozialdemokraten

Hampel (**Sogdem.**) betont einleitend den absoluten Friedenswillen der Tschechoslowakei. Wir lassen aber nicht zu, daß sich wer immer in unsere inneren Verhältnisse einmische. Das Wort „Niemand“ gilt freilich auch in der Politik nicht, aber es ist ein großer Unterschied zwischen der Bereitschaft zu Verhandlungen im Bereich der Reziprozität und zwischen einer Einmischung in unsere inneren Verhältnisse gegen unseren Willen. Wir geben der **P u b l i k** alles, was zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit und Selbständigkeit notwendig ist, das arbeitende Volk ist in dieser Hinsicht zu jedem Opfer bereit.

Die Demokratie schließt sowohl den Faschismus wie den Kommunismus aus. In Europa müssen die demokratischen Regime die politische Verteidigung abstellen und eine offensive Periode einleiten. (Beifall.) um so nachdrücklicher zu erklären, daß sie die gegenwärtige Luftstille mit allen wirtschaftlichen und internationalpolitischen Folgen nicht weiter ertragen wollen. Daß es den faschistischen Staaten nicht nur um eine theoretische Einmischung geht, zeigt die spanische Tragödie.

Man kann nicht zulassen, daß gegen die Tschechoslowakei künstlich immer wieder eine Kampagne hervorgerufen wird, um ihr gewisse Jugendsünden aufzuwingen. Diese Moral würde einer **E r p r e h u n g** gleichkommen. (Beifall.) Die Behauptung, daß wir ein volkswirtschaftlicher Staat sind, ist eine absolute Lüge. Wir bedauern diese Kampagne, weil unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland so treffend sind, daß ein freundschaftliches Verhältnis im beiderseitigen Interesse läge.

Den „Times“-Artikel kommentierte **Hampel** mit den Worten: Wir werden uns bemühen, den Engländern zu sagen, daß die Verhältnisse bei uns nicht so sind, wie man sie von gewisser Seite darstellen möchte. Wir kennen die Wege der Propaganda, welche über Berlin gegangen sind; schon viel davon hat man auf das richtige Maß zurückgeführt. Das Problem unseres Zusammenlebens in der Republik ist nicht so einfach. Auch beim besten Willen auf tschechischer Seite bleibt ein großes Hindernis: die **i n t e r n a t i o n a l e S p a n n u n g.** Solange ein gewisser Teil der Deutschen sich große Ziele setzen wird in der Meinung, daß sich diese international lösen lassen, solange ist die Atmosphäre für eine Verständigung nicht gegeben.

Die **tschechoslowakische Sozialdemokratie** steht konsequent zu den Grundfäden des 18. Februars, und es ist wünschenswert, daß die aktivistischen Deutschen an diesem Abkommen einen gehörigen Ruckhaft finden. Der Regierung **h y p o,** der staatlichen Administration könne man nicht vorwerfen, daß sie mit den Minderheiten unwillig umgehe. Die Partei müßte sich aber

DER KLEINE

VON EUGÈNE DABIT

Bereitsche Uebersetzung aus dem Französischen von Bojot

Ein Mann liegt neben mir. Ich ziehe mich von ihm zurück. Links flucht auch einer. Durch die Tür sehe ich, zwischen den schwarzen Sprossen einer Leiter, den gestirnten Himmel. Ich höre das Gequatsch der Frösche und das Zirpen der Grillen. Es ist eine tiefe, stille Sommernacht. Wir liegen auf Strohhalm wie Landarbeiter in der Erntezeit.

Es ist schon ganz hell, als ich erwache. Mein Nebenmann zieht sich an. Ich frage ihn, wo der Waschkraut ist.

„Wenn du dich waschen willst, mußt du an den Brunnen gehen.“

Er sieht mir spöttisch zu, während ich meine Sachen erdne.

„Stell dich nicht so an, bist nicht mehr in der Kaserne. Hier gibt's keine Befestigungen.“

„Was tut man hier?“

„Was gerade gebraucht wird. Bist du einen aus?“

Er ist, was wir einen „alten Mann“ nennen, ein Gesteiter, der sich den Wind hat um die Ohren wehen lassen. Er führt mich in einen Ausschank am Ende eines Gäßchens. Er trinkt, raucht und streitet sich mit knurrender Stimme mit den Kameraden.

„Ist dir mies, Kleiner? Mußt einen heben, dann geh's vorüber.“

Ich bin aber gar nicht traurig, sondern ich beobachte meine neuen Gefährten. Sie fühlen sich anscheinend ganz wohl. Sie sprechen vom Ende der Feindseligkeiten, von Urlaub oder Krankheit. Man bemerkt keine Aufregung, eher Resignation. Zuweilen entfährt einem ein Fluch, Boche, Offi-

ziere, Regierung, Rivallisten: sie werfen alles auf einen Haufen. Sie haben abgegebte, salzige Gesichter, trübe, verglaste Augen, rauhe, schleppende Stimmen, schwerfällige Bewegungen. Es sieht aus, als lebten ihre Füße am Boden. Anecht Ruprecht, ewiger Jude, Dummer Bauer: alle Typen des französischen Volkes sind vertreten.

Die Tür geht auf.
„O, Leute, an die Arbeit!“
Mein Nachbar steht knurrend auf.
„Los, Kleiner!“

Wir gehen ins Quartier. Ein Wachmeister stellt Arbeitskommandos zusammen. Wir marschieren ohne Lärm aus der Stadt hinaus. Rechts und links vom Wege dehnen sich endlose Weidenfelder, ohne Baum, ohne Haus, nur Felder, so weit man sehen kann.

Wir kommen an den Schießplatz der Artillerieinspektion. Munitionswagen sind aufgefah-ten. Wir sollen sie abladen.

Alle ziehen sich die Röcke aus. Ich trete an einen Wagen heran, und der Fahrer reicht mir eine Granate. Ich frage sie, einige hundert Meter weit, in eine Erdhöhle.

Die zweite Granate scheint schwerer zu sein. Drei, vier... zehn Granaten. Ich wische meine Stirn mit der Hand ab. Mindestens dreihundert Kilo Eisen habe ich schon geschleppt, und noch kein Ende. Die Kameraden kommen und gehen, in langer Reihe wie die Ameisen. Ich nehme meinen Platz wieder ein. Von Mal zu Mal wird die Last größer, der Weg, den ich zurückzulegen habe, weiter.

Mein Rücken klemmt sich vor Schmerzen, die Beine zittern, ich leuchte bei jedem Atemzug. Dabei drücke ich die Granaten an mich wie Ungeheuer, die ich fallen zu lassen fürchte.

„Feste, Kleiner“, ruft mir mein alter Kamerad im Vorübergehen zu.

Das Gewicht um die Wagen wächst, und immer treffen neue Kolonnen ein. Ich reiße mich zusammen. Um mir Mut zu machen, denke ich an

meine Tour und sehe Mama, Frau Harbulot, den kleinen Salon wieder. Wie weit das alles ist! Ich bin wie gerädert. Keine Sachen und meine Hände sind bedeckt mit Rost- und Grünspanflecken.

Reine Kommandos, Schreie, Flüche. Mich durchströmt ein undefinierbares Gefühl, eine Mischung von Reue und Würdigkeit, von Verzweiflung und Stolz, aber auch von Freude darüber, daß ich meine Kräfte fühle, ein Mann geworden bin.

Die Sonne leuchtet. Die Hitze sittert in der Luft. Dort liegt Marcellus mit seinen alten Häusern seiner Kirche.

6. Kapitel

Man erwartet einen General zur Inspektion. Wir haben alle Arbeitsdienst.

Ichahre einen Schubkarren auf der Chaussee. Ein Kamerad räumt mit der Schaufel den Schmutz von der Straße weg.

„Kann, Kleiner!“

Ich drehe mich um.
„Lavernier... Du!“

Pausbüchig und wohlgefaunt schüttelt er mir die Hand und fragt mich mit seiner hell klingenden Stimme, die wiederzuhören mich ganz glücklich macht:

„Was treibst du hier?“

„Ich mache den Chausseewärter, wie du siehst.“

„Ich den Rentier. Mit dem Tanks, das ging nicht. Ich bekam Herzklappen in dem Kasten. Man hat mich also wieder zur Artillerie geschickt. Hier habe ich einen Druckposten. Du weißt, mein Onkel... Aber ich erzähle dir das lieber heute abends.“

Um sechs ist er bei uns im Quartier.
„Komm, wir gehen zu meinem Onkel.“

Wir gehen durch eine Allee, dann in die Rue

des Dames-Gilles, eine stille, beinahe ländliche Straße.

„In die Ecke bin ich noch nie gekommen.“

„Das Wundern mich nicht. Hier sind wir.“

Ein seltsames Haus! Ein einziges, vergittertes Fenster in der rot gestrichenen Fassade. Ein unheimliches Gebäude, fast wie ein Gefängnis oder ein Spital.

Lavernier öffnet eine mit Eisenblech beschlagene Tür. Wir kommen auf einen dunklen Gang, und ein Stimmengewirr — halb Wahlversammlung, halb Tingeltangel — schlägt an unser Ohr. Ich bleibe stehen.

„Oh doch weiter!“ schmeißt Lavernier.

„Hör keine Angst, wir sind bei meinem Onkel.“

Er will mir gewiß einen Streich spielen. Ich möchte umkehren, doch er stößt mich vorwärts.

„Gaston ist ein famoser Kerl, wirkt sehr. Tante ist auch nett. Ich habe ihnen oft von dir erzählt.“

Ein Hintergebäude bildet mit dem Vorderhaus einen Hof, auf den alle Fenster des ersten Stockwerks hinausgehen. Die Fenster im Erdgeschoß sind breit und hell erleuchtet.

„Guten Abend, der ganze Klub“, ruft Lavernier.

Wir treten in einen Saal, der einem Büro oder dem Hinterraum eines Ladens ähnelt. An den rot tapezierten Wänden stehen einige Stühle, zwei Tische, ein gepolsterter Sessel, ein Ofen, schmückend mit chinesischen Ornamenten.

Hinter dem Buffet sitzt unbeweglich eine junge Frau, ein Riesentweib, mit nackten Armen, mächtigem Nacken, ausgeputzt wie eine Prohibiermannschel. Lavernier stellt mich ihr vor. Sie reicht mir ihre mit Ringen geschmückte Hand.

„Seien Sie uns willkommen“, sagt sie mit gepöbeltem Mundchen. „Charles' Freunde sind unsere Freunde.“

Ein Mann kommt hineingerast, ein Mordebber, kurzhafig, kraftsprühend, mit ärgerlich verzogenem Mund.

(Fortsetzung folgt.)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Deutsche Kulturarbeit?

Eine vielsagende Buch-Ausstellung des Deutschen Kulturverbandes

Im Deutschen Hause in Prag veranstaltet derzeit der Bezirksverband Prag und die Jungdeutsche Ortsgruppe des Deutschen Kulturverbandes eine Ausstellung „Das deutsche Buch zu Weihnachten“, bei der Eröffnungsfest am Samstag wurde gefeiert, daß es sich da nicht nur um eine geschäftliche, sondern um eine kulturelle Sache handelte: das deutsche Buch schaffe die Verbindung des Deutschen zu seinem Volke; und auf einem Werbeplakat heißt es sogar pathetisch: „Das Buch ist das Schwert des Geistes!“ Welches Geistes? darf man die Veranstalter fragen.

Der Eröffnungsfest der Ausstellung sollte ein Gaît aus Berlin in Glanz verleben. Es war Herr Wolfgang Goeh, früherer Illstein-Mitarbeiter, heute gleichgeschaltet, bekannt geworden durch feuilletonistische Romane und Dramen aus der preussischen Geschichte, deren Helden er mit Sympathie, aber mit liberaler Kritik darstellte. Was er heute im Dritten Reich treibt, ist uns unbekannt. Am Samstag in Prag las er jedenfalls aus seinen früheren Schriften, eine Novelle vom alten Kriegen, in der Friedrich II. von Preußen durchaus nicht als völkischer Führer erscheint und Szenen aus seinem „Gneisenau“-Stück, in dem Blücher als Tölpel und die gegen Napoleon alliierten Monarchen als verdächtige Gestalten dargestellt sind. Herr Goeh ergreift sichtlich gern die Gelegenheit, in Prag einmal etwas zu lesen, was er in Berlin heute kaum noch öffentlich vorzutragen dürfte. — aber bei den Prager Kulturverbänden, die von ihm Schwärmer ihres Geistes erwarteten, fand er zwar Verständnis für sein Preußenhumor, aber nicht für seine Art, es zu beschreiben.

Was Geistes Kinder sie sind, zeigt die Ausstellung mit aller erdenklichen Deutlichkeit. Unter den Hunderten von Büchern, die da liegen, ist nicht eines, das einen im Dritten Reich nicht genehmen Autor hat.

Von Thomas und Heinrich Mann, von Leonhard und Bruno Frank, von Stefan und Arnold Zweig, von Ludwig Renn, Oskar Maria Graf, Ernst Glaeser oder Max Hermann Reichle ist nichts zu entdecken.

Emigranten also sind peinlich ferngehalten. Wie es ja wohl nicht anders zu erwarten war, und man wundert sich auch kaum noch darüber, daß unter den ausgehellen literarischen Zeitschriften die einzige fehlt, auf die ein deutscher Kulturverband heute Wert legen müßte, nämlich „Raf und Wert“.

Man hat sich aber nicht nur an die Richtlinien des Herrn Goebbels gehalten, man ist offenbar noch über sie hinausgegangen.

Unter den Tausenden von Kinderbüchern, die in dieser Ausstellung zu sehen sind, ist nicht ein einziges von Erich Kästner, obwohl der noch in Berlin lebt, und von den paar deutschen Dichtern, die sogar Herr Goebbels noch in Deutschland gewähren läßt, von Gerhart

Hauptmann, Hermann Stehr, Gottfried Benn, Hans Fallada und Garoffa, ist in der Ausstellung des Prager Kulturverbandes nicht zu bemerken. Dafür hat Karla B. Giffers Lieblings, einen Ehrenplatz, und während die deutschen Klassiker (unter denen Lessing, Herber, Kant, Schiller und selbstverständlich Goethe fehlen) nur ganz armelig vertreten sind, nehmen Hans Gungl, Frenken, Ina Seidel, Rudolf Herzog und der allerneueste Blut- und Boden-Rißch breitesten Raum ein.

In dieser Ausstellung „Das deutsche Buch zu Weihnachten“ ist das Deutsche fast ganz auf die Grenzen des heutigen Deutschland beschränkt (kein Schweizer Buch ist zu sehen und kaum ein österreichisches), und die Weihnachtstimmung glänzt auf dem Tisch der Jugendbücher, wo die preussische Weltkriegsliteratur von Südwestafrika bis zum Helde von Tannenberg mit blutrünstigen Titelbildern prangt.

Es überrascht nach alledem nicht mehr, wenn man in jener Ecke, in der die sudetendeutsche Literatur zur Schau gestellt ist, fast nur Emigranten, Emigranten ins Dritte Reich, findet. Während Mille mit ganzen drei Bänden, Stifter gar nur mit einem und Werfel überhaupt nicht vertreten ist, findet man von Woblf. Strobl, Bruno Brecht und Kolbenhefer Tübelnde. Von Hofbauer natürlich keinen, nicht einmal von Mühlberger, und nach Max Brod, Ludwig Winder und Friedrich Lorberg braucht man sich erst gar nicht umzusehen.

Man kann darüber streiten, ob in einer Ausstellung „Das deutsche Buch zu Weihnachten“ auch Uebersetzungen gehören. Hier findet man viele:

Knut Hamsun und Sigrid Undset zum Beispiel sind vertreten, aber nicht Karin Michaelis und Selma Lagerlöf (denn der Kulturverband ist unparteiisch). Nach Romain Rolland, Sinclair Lewis oder Ignazio Silone zu forschen, wäre vergebliche Mühe.

Dabei sind auch französische, italienische, englische und slawische Autoren vertreten. Nur in einem Punkte ist der Prager Kulturverband streng geblieben: in der ganzen Ausstellung ist nicht eine Uebersetzung aus dem Tschechischen.

Genügt das nicht zur Charakterisierung des Geistes, den man hier Schwärmer schmieden will? Oder muß man noch aufzählen, wieviele E. B. S. K. A. L. E. N. D. E. R. hier liegen, muß man noch erzählen, daß selbst unter den deutschen Literaturgeschichten nicht einmal die harmlos populäre von Wiese und die klassisch-wissenschaftliche von Scherer-Walzel ist, sondern nur die völkischen Gebetschriften von Bartels, Hoyt und Koch und Edward Engels?

Es stünde wahrhaftig schlimm um die deutsche Kultur, wenn sie diesem Kulturverband ausgeliefert wäre!

Er wegen Vergehens gegen § 120 b) verhaftet. Köster wurde in die Untersuchungshaft in Vankrac eingeliefert. Köster lebt seit vielen Jahren als reicher Architekt in Prag, wo er mit der Einrichtung der bekanntesten Kaffeehäuser betraut wurde.

Die Bewegung innerhalb der SDP für Doktor Jonal, die in Mähren ihren Ausgang genommen hat, greift, nach einem Bericht der „Wohemia“, auch in Böhmen über. So hat eine Kreisversammlung des Jeschken-Iseregebietes eine Entschließung für Dr. Jonal gefaßt. Es wurde beschlossen, eine Abordnung zu Konrad Henlein zu entsenden, die Auffklärung über das Vorgehen gegen Dr. Jonal verlangen soll.

Je 250.000 Kč für die Musikakademien!

In den offiziellen Erklärungen zum Budget ist ein Irrtum oder eine Unklarheit unterlaufen, die deutlich richtiggestellt werden müssen. Es heißt dort nämlich, daß für die Verstaatlichung der Musikakademie in Prah 250.000 Kronen bestimmt wurden. Tatsächlich aber wurden je 250.000 Kronen bestimmt, was schon daraus hervorgeht, daß die entsprechende Budgetziffer von 1.750.000 Kč im Jahre 1937 auf 2.250.000 Kronen hinaufgesetzt wurde.

Ein Mord. Am verfloffenen Sonntag gegen 10 Uhr abends sprach der Fleischergehilfe S. aus Tetschen beim Ausgang zum Koitbera eine Frau an, die sich in Begleitung ihres Mannes und zweier Bekannter auf dem Heimwege befand und ein paar Schritte allein ging, weil ihre Begleiter bei dem dortigen Würfelspieler halbgeworden hatten. S. scheint die Frau für eine jener Damen gehalten zu haben, die sich mit Vorliebe und stets während der Wadstunden in jener Gegend aufhalten und dementsprechend war auch der Antrag,

den er der Frau machte. Als ihm die Frau eine scharfe Zurechtweisung zuteil werden ließ, beschimpfte er sie und als er dann von dem Manne der Frau zur Rede gestellt wurde, schlug er die Frau mit der Faust ins Gesicht. Unglücklicherweise trug die Frau eine Brille, deren Gläser durch den Dief zerbrochen. Ein Glasplitter drang der Frau in das linke Auge, so daß sie sofort in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Wahrscheinlich wird sie das linke Auge einbüßen. S. wurde verhaftet und da es sich zweifellos um eine schwere Körperverletzung handelt, dürfte dieser unglückliche Robeitsakt beim Kreisgericht in Leitmeritz seine Zähne finden.

Verhängnisvolles Spiel mit der Schusswaffe. In Werbich hatte ein noch nicht 14-jähriger Junge, dessen Vater sich in Spitalpflege befindet, sich den Brownings des Vaters angeeignet. Der Junge spielte im Stall des Anwesens mit einem seiner Mitschüler mit der Schusswaffe. Plötzlich schickte der Knabe die Waffe dem Spielgefährten an die Nase und drückte ab. Das Projektil ging dem Kind durch die Nase und blieb im Kopf hinter dem Ohr stecken. Der schwerverletzte Junge wurde dem Krankenhaus zugeführt. Der unglückliche Schütze ist unter Mitnahme des Brownings geflohen.

Großes soziales und nationales Programm Jansons

Brüssel. (Havas.) Die neue Regierung Janson hat sich Montag, wie bereits kurz gemeldet, der Kammer und dem Senate vorgestellt. In der Kammer verlas Ministerpräsident Janson die Regierungserklärung, die folgenden Inhalt hat: „Auf sozialem Gebiete beabsichtigt die neue belgische Regierung eine obligatorische Versicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit einzuführen und das Problem der Krankenversicherung zu studieren. Die Regierung wird an die methodische Durchführung des Gesetzes vom Juli 1936 schreiben, durch welches die Einführung einer Arbeitswoche bis zu 40 Stunden in solchen Industrien gestattet wird, in welchen die Arbeit mit einer Gefahr für das Leben oder einer Gefährdung der Gesundheit verbunden ist. Auch über bezahlte Urlaube wird verhandelt werden. Auf wirtschaftlichem Gebiete wird die Regierung für die Einholung eines angemessenen Niveaus der Preise der Lebensbedürfnisse eintreten. Die Regierung wird ferner für den Schutz der Interessen des Mittelstandes Sorge tragen und ein Wirtschaftsinstitut für mittelständische Klassen errichten. Auf kulturellem Gebiete beabsichtigt die Regierung das Problem der Beziehungen zwischen Vlamen und Wallonen zu lösen, wobei die Regierung alle Maßnahmen treffen wird, um die Einheit des Landes aufrechtzuerhalten und den Geist der Eintracht unter diesen beiden sprachlichen Gruppen zu stärken. Zu diesen Maßnahmen gehört ein Gesetzentwurf, welcher der belgischen Armee ein definitives Sprachstatut geben wird, auf Grund dessen einsprachige militärische Formationen entweder mit wallonischer oder mit flämischer Sprache errichtet werden sollen. Diese einsprachigen militärischen Einheiten werden bis zur Größe einer Division geschaffen werden können.“

Politischer Mord in Oesterreich

Wien. In einem Walde bei Neuhütten im Burgenland wurde Sonntag die Leiche des 28-jährigen Bauernsohnes Johann Weichselberger gefunden, der, wie festgestellt wurde, am Tage vorher von einem bisher unbekanntem Täter niedergeschossen worden war. Die Untersuchung ergab wichtige Umstände, die auf einen politischen Mord hindeuten. Weichselberger war vor einiger Zeit aus der illegalen Nationalsozialistischen Partei in Oesterreich ausgetreten und wurde seit jener Zeit von seinen ehemaligen Freunden systematisch gemieden. Laut dem ärztlichen Gutachten wurde der Mord von mehreren Personen durchgeführt. Bisher wurden vier verdächtige Personen verhaftet.

Auch Titulescu in der Oppositionsfront

Bukarest. (Havas.) Titulescu, der nach längerer Abwesenheit nach Bukarest zurückkehrte, hatte längere Beratungen mit Ribbentrop und anderen politischen Führern. Titulescu wird ohne Zweifel auch eine Begegnung mit dem Vorsitzenden der nationalen Bauernpartei Raniu haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Titulescu auf diese Partei kandidieren wird, ohne daß er formal ihr Mitglied würde.

Kairo. Die Zahl der im Zusammenhang mit dem Attentatsversuch auf Ministerpräsident Nubas Pascha verhafteten Personen ist auf 176 gestiegen. Es handelt sich meist um Grünhüden. Die Polizei nimmt immer noch zahlreiche Hausdurchsuchungen vor.

Tokio. Die japanische Regierung hat den Beschluß gefaßt, die Regierung des General Franco mit dem 1. Dezember l. J. anzuerkennen.

gegen die Zusammenarbeit mit einer Partei stellen, deren Grundlagen un-demokratisch sind und die nicht auf dem Boden des Staates ruht. Bald wird die Umfassung unter den Wählern der SDP sichtbar werden. Während bei Hampel hervor, daß die deutsche Sozialdemokratie, welche in der Krise auf den exponiertesten Posten der politischen Bühne für die Arbeiterklasse stand, sich vom Standpunkt des deutschen Volkes wie des Staates aufschlagen darf verdient; sie hat unter schwersten Verhältnissen gearbeitet.“

Dr. Tiso (Slow.) begründet das Recht der Slowakei auf Autonomie. Das slowakische Volk sei zwar befreit, aber nicht befriedigt, und das slowakische Problem harrt noch der Lösung durch Beschränkung des Visegrad-Vertrages und Verwirklichung der Autonomie.

Henlein hat nichts geleistet

Frau Jemina (Nat. Soz.) kritisiert die beiden feierlichen Deklarationen der Vertreter der beiden größten tschechischen Parteien an: Europa kann sich auf die Tschchoslowakei verlassen; sie ist fest und konsolidiert, ändert ihre Freunde und Verbündeten nicht und das erwirbt ihre neue Freunde. Unsere tausendjährigen Lebensraum werden wir, wenn nötig, gegen die ganze Welt verteidigen. Auch von Verses-Lords lassen wir uns nicht diktieren, an welche Seite wir uns anschließen sollen, denn wir sind für immer mit unserem Boden und der europäischen Demokratie verbunden. Seit Jahntausenden waren unsere Väter unsere natürliche Säule; heute haben wir diesen Schutz durch einen Wall von Eisen und Beton ergänzt und werden von unseren Grenzen auch nicht um einen Meter. Heute gibt es in unseren Grenzbereichen keine schädliche Einbrechsstelle. Wir werden auch niemandem den Weg gegen unsere Freunde öffnen.

Die Differenzen mit Deutschland führt die Rednerin auf die Hebe im Grenzgebiet zurück. Die heutigen Denkleinerte sind die Nachkommen der Gefolgshaft Schönerers, die auch im alten Österreich zwischen Tschechen und Deutschen einen Abgrund schuf. Drei Jahre macht die Genieinpartei nichts anderes, als das Deutsche Reich gegen uns aufzubauen, drei Jahre hat Henlein für die Sudetendeutschen nicht den Finger gerührt. Vom Innenminister bekannete Rednerin aus neue, daß die Aufsicht über alle tschechischen und tschechischen Elemente verschärfte werden.

Gotwald (Komm.) erklärt, daß die Völkische der tschechischen Parteien in der Welt Verhältnisse geschaffen habe, gegen die die Zeiten des mittelalterlichen Feudalismus eine Hölle waren. Die Nachlässigkeit der anderen Staaten gegenüber den tschechischen Regimen trage ihre Kräfte. Die Genieinpartei bezeichnet Gotwald als den direkten Agenten des Auslandes.

Volksparteiliches Bekenntnis zum 18. Feber

Stasel (Tschech. Merk.): Ein Bund der mitteleuropäischen Staaten könnte bei absoluter Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Staaten allen einen großen Dienst erweisen und sie davor bewahren, ein Spielball der Großmächte zu werden und zu verfallen, daß sich diese in das Fell des Lären teilen, das sie nicht besitzen und nie besitzen werden. (Beifall.) In den Grundfragen unseres Staates stehen alle tschechisch-slowakischen Parteien und das gesamte Volk einig und einträchtig da. Die Staatsmänner des Westens nehmen an, daß allerhand Bemühungen auf die unangenehmsten Verhältnisse bei uns aufzuführen seien; das glauben auch die Deutschen. Wir werden diese Verhältnisse meistern, aber nicht so, daß wir eine Bereicherung der Tschchoslowakei in Kantone oder Sprachgebiete anziehen. Wir werden sie meistern durch a b s o l u t e G e r e c h t i g k e i t gegenüber dem gesamten Volk und damit auch gegenüber unseren deutschen Mitbürgern. Deshalb werden wir wohl und ganz hinter dem 18. Feber freilich müssen auch unsere deutschen Mitbürger hartes Haut, sondern eine feste Hand und Verstand sein nötig, damit und die Verhältnisse im deutschen Gebiet nicht über den Kopf wachsen. Darum dürfen auch die Resolutionen der Grenzler nicht ad acta gelegt werden.

Dr. Rosche verleugnet „Die Zeit“

In der Ausschussdebatte zum Budget und bei früheren Gelegenheiten hatte man den Herren von der SDP von tschechischer Seite wiederholt vorgehalten, daß die Scharleiweise der „Zeit“, die ebensofugat das offizielle Organ des reichsdeutschen Propagandaministeriums sein könnte, am besten darzutue, wie es um die Lokalität der SDP zum Staate bestellt sei. Die Herren wußten darauf nicht viel zu erwidern.

Western in der Budgetdebatte ging nun Herr Dr. Rosche in dem Bemühen, die Loyalität der SDP herauszustricken, sogar soweit, die „Zeit“ ganz offiziell zu verleugnen. Er sagte nämlich: Wenn man uns die Haltung der „Zeit“ vorwirft, so müssen wir erklären, daß „Die Zeit“ kein parteioffizielles Organ ist, sondern uns nur sehr nahe steht. Unser offizielles Organ ist „Die Rundschau“.

Wenn schon nicht einmal mehr Herr Dr. Rosche auch nur den Versuch macht, die außen- und innenpolitische Haltung der „Zeit“ in den Schlußfolgerungen unseres Staates irgendwie zu verteidigen oder auch nur zu beschönigen, so ist das allerdings ein Eingeständnis, daß Scharlei spricht, daß aber „Die Rundschau“ in dieser Hinsicht auch nur um eine Nuance anders wäre. Sollte Dr. Rosche wohl auch niemandem glaubhaft machen, daß das Blatt auch nur einigermaßen aufmerksam liest.

Tschchoslowaken grüßen aus Shanghai. Die in Shanghai lebenden Staatsangehörigen jenseits dem Tschchoslowakischen Pressebüro ein Telegramm, in welchem sie bekannt geben, daß sie die schweren Tage der Belagerung Shanghai glücklich überstanden haben und senden ihrer Heimat und dem Präsidenten der Republik Dr. Benes Grüße.

Eine Lüge über Jaksch

Der von uns öfters zitierte Loboscher „Kämpfer“, ein kurioses Zwitterding zwischen schamloser Henleinfrömmigkeit und offener Opposition gegen die SDP-Führung, bringt in seiner Nummer vom 30. November als Sensation grobhartig eingemischt und auffallend gedruckt folgende „Wendung“:

Die neue Linie . . . Jonal-Jaksch . . .

Am 17. November 1937 fand in einem Prager Vorstadt-Kaffee eine vertrauliche Zusammenkunft statt, an der Dr. Gustav Jonal, Abg. Wenzel Jaksch und ein in der letzten Zeit oft genanntes führendes Mitglied der völkischen Opposition teilnahmen. Den Inhalt der Besprechung bildeten Vereinbarungen über die gegenseitige Unterstützung und taktische Zusammenarbeit der Aktivisten mit der sogenannten völkischen Opposition.

In diesem Zusammenhang erinnern wir an die schon früher bekannt gewordenen guten Beziehungen Dr. Jonals zu den „Libodé noviny“ Kubert Kiptas.

Abg. Wenzel Jaksch ermächtigt uns festzustellen, daß der Inhalt dieser Meldung freierfunde ist. Jaksch war weder am 17. November noch an einem andern Tage mit Dr. Jonal irgendwo beisammen. Jaksch hat niemals in seinem ganzen Leben mit Herrn Dr. Jonal auch nur ein Wort gesprochen!

Diese Festsstellung macht es überflüssig, auf den vom „Kämpfer“ natürlich gleichfalls erfundenen Inhalt eines Gespräches einzugehen, das nie stattgefunden hat. Und das Urteil über den „Kämpfer“ ist damit gefaßt.

Neue Verhaftungen in der Rutha-Affäre

Wie der „Prager Mittag“ meldet, wurde in Prag gemeinsam mit anderen Mitschuldigen der tschechische Architekt Paul Heinrich S.

Tagesneuigkeiten

Vier Tage ohne Nahrung

Ein arbeitsloser Hutmacher ist in vier Tagen von Prag nach Eger gewandert und dort vor Erschöpfung zusammengebrochen. Gerade vor dem Hotel Continental ist er hungerkrank umgefallen. Er hatte seit vier Tagen nichts gegessen. Mitleidige Menschen haben ihn in dem Hotel kalt gemacht, worauf der Arbeitslose im Asyl für Obdachlose Aufnahme fand. Ein Schilder in drei Sätzen, das eine kurze Zeitungsnachricht meldet, nur die Tatsachen, kein Wort mehr.

Jeden Tag können wir vom Sinken der Arbeitslosigkeit hören und das fäherste Zeichen der Wirtschaftskrise, das Ansteigen der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel, verspürt jeder, auch der Arbeitslose. Es geht also schon seit geraumer Zeit aufwärts, die Dividenden und die Preise Nettern. Somit mühte doch alles in bester Ordnung sein! Und doch stimmt da etwas nicht.

Dieser halbverhungerte Hutmachergehilfe löst das Bild. Viele werden diesen häßlichen Anblick nicht sehen oder sehen wollen, aber wegwischen können sie ihn nicht. Er bleibt und wird so lange unser Auge befehdigen, bis alle die hungernden Hutmacher und andere Arbeiter erkennen, daß unsere schöne Wirtschaftsordnung einer gründlichen Reparatur bedarf. Und dabei können in unserem Staat alle mithelfen, ganz gleich welcher Nationalität sie sind. Der Arbeitslose in Eger, der vor dem Hotel Continental zusammenbrach, wird nicht gefragt haben, ob ihm Deutsche oder Tschechen etwas zu essen geben. Ihn und den anderen Arbeitslosen wird es gleichgültig sein, welcher Nationalität der Fabrikant ist, der ihm Arbeit geben will. Arbeiter können oder sollten sich den Luxus nicht erlauben, in wirtschaftlichen und sozialen Fragen nach der Stammeszugehörigkeit zu urteilen. Das sollen sie den Leuten überlassen, die daraus ein politisches Geschäft machen und den Arbeitern einreden, sie seien auf Grund ihrer Abstammung verpflichtet, ihnen zu folgen und aus väulischer Heberzeugung den Hungerriemen noch um ein Loch enger zu schnallen. Die hungernden und gefaltigten Hutmachergehilfen und ihre Klaffengenossen haben wirtschaftlich andere Aufgaben zu lösen und vorerst dafür zu sorgen, daß der letzte Arbeitslose von der Straße verschwindet. Die Möglichkeit dazu haben sie, sie brauchen nur ernstlich zu wollen und sich ihnen richtig organisierten Arbeitskommanden anschließen. Sonst sind sie selbst schuld daran, wenn sie bei vollen Scheunen hungern müssen.

Die Weisheit der Gemeindefürsorge beim Luftschutz. Das Innenministerium macht in einem Rundschreiben darauf aufmerksam, daß die den Gemeinden bezüglich des Luftschutzes durch das Gesetz Nr. 82/1935 und die Reg.-Bd. Nr. 199/1935 auferlegten Pflichten als übertragene Weisheit (Aufgaben der Staatsverwaltung, die den Gemeinden anvertraut wurden) anzusehen seien. Der Schutz vor Flieger- und ähnlichen Angriffen bildet nach dem Gesetz einen besonderen Zweig der Staatsverwaltung. Die Organisation wie Leitung dieses Schutzes obliegt vor allem den staatlichen Beamten und Organen.

Zwei internationale Rekorde einer tschechoslowakischen Fliegerin. Sonntag, den 28. November, nachmittags verließ die tschechoslowakische Fliegerin Marie Doublová aus Vöhrvič-Budweis zwei Rekordflüge in der Kategorie der Sportflugzeuge mit einem Motor bis zu zwei Liter. Sie startete mit dem Flugzeug „Praga Air Baby“ Zeichen OK BUD auf einer Strecke von 100 Kilometer. Nach den privaten Messungen legte sie diese Strecke in 41 Minuten 30 Sekunden zurück und erreichte somit eine Geschwindigkeit von 142 Kilometer in der Stunde. Zum zweiten Male startete die Fliegerin in Gemeinschaft mit A. A. V. Dobrová zu dem Versuch, einen Rekord auf einem Sportflugzeug mit zwei Personen aufzustellen. Auch dieser Flug gelang in der Zeit von 42 Minuten mit einer Geschwindigkeit von 140 Kilometer in der Stunde. Es handelt sich hier um die ersten Rekorde, die in der Tschechoslowakei in der Kategorie der Sportflugzeuge erreicht und von einer Frau aufgestellt wurden.

Ludendorff im Sterben? Das Befinden des Generals Ludendorff ist sehr ernst und die Ärzte befürchten, daß jeden Augenblick eine Katastrophe eintreten könne. Das Deutsche Nachrichtenbüro hatte Montag abends eine aus München datierte Meldung veröffentlicht, daß eine Störung im Blutkreislauf des Generals einen gefährlichen Verfall seiner Kräfte verursache.

Tisza, der Kriegsgegner. In dem soeben zur Ausgabe gelangten weiteren Bande der gesamten Schriften des Grafen Stefan Tisza, die von der ungarischen Akademie der Wissenschaften publiziert werden, befindet sich auch ein bisher unbekanntes Schreiben des ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten an Kaiser Karl I. Dieses Schreiben ist ein neuer Beweis dafür, daß Graf Tisza ein Gegner des Krieges war und bis zum letzten Augenblick die Hoffnung hegte, daß der Krieg abgewendet werden würde. Als dies dann nicht geschah, unternahm Tisza zweimal — im Jahre 1914 und im Jahre 1916 — Schritte, um den Frieden herbeizuführen. Im Jahre 1917 sprach der spanische König Alfons gegenüber Kaiser Karl den Wunsch aus, daß die Regierung

Die Feldschmiede als Krematorium

Neue schreckliche Feststellungen um den Hostivafer Gattenmord

Prag. (ab) Die Untersuchung gegen Kamil Horák ist vorläufig abgeschlossen und der Mörder befindet sich in der ordentlichen Untersuchungsanstalt des kaiserlichen Kreisgerichtsgefängnisses. Im letzten Stadium der Voruntersuchung kamen neue schwerwiegende Details zutage. Aus Aufzeichnungen der ermordeten Gattin Horáks ergab sich, daß dieser verschiedene andere Straftaten auf dem Gewissen haben dürfte. So wurde ein Tagebuchblatt der Toten aufgefunden, in welchem sie erwähnt, daß sie ihren Mann auf den Anien angeführt habe, keine gestohlenen Sachen mehr nach Hause zu bringen, da dies kein Glück bringen könne. Daß Horák unter Vorlage gefälschter Zeugnisse sich als Ingenieur ausgab und sich auf diese Weise eine Stellung erkämpfte, ist bereits berichtet worden.

Was über das Vorleben des Mörders bekanntgeworden ist, läßt eine gewisse Ähnlichkeit zwischen diesem und dem leitenden Mörder Stápanek erkennen, dessen Verurteilung zum Tode dieser Tage von dem Obersten Gerichtshof bestätigt wurde. In beiden Fällen handelt es sich um einen schwer entarteten Menschen, dessen verbrecherische Anlagen durch eine unvernünftige Erziehung zur Entfaltung gebracht wurden. Wie jener Stápanek ist auch Kamil Horák das unglücklich vererbte Kind einfältiger Eltern. Als sich Horák mit einem ganz armen Mädchen verheiratete — seine ermordete Frau war zuletzt Billkettistin in einem Prager Kino gewesen —, weigerten sich seine Eltern, dieser Heirat ihre Zustimmung zu erteilen. Die Eltern der Frau rieten ihrer Tochter ab, da sie sich von dieser Ehe nichts Gutes versprachen, doch vermochten sie mit ihren Ratlosigkeit nichts auszurichten. Schon vor der Ehe mißhandelte Horák seine spätere Frau mehrfach und diese Mißhandlungen steigerten sich nach der Eheschließung. Noch am Nordtag hatte sie eine Behandlung auszuhalten, die nach Aus-

sehen von Zeugen blaue Flecken an ihren Armen hinterließ.

Daß Horák bei Durchführung seiner entsetzlichen Mordtat planmäßig und mit kalter Berechnung aller Details vorgegangen ist, steht außer Frage. Ein Kapitel für sich ist die Art, in der er den Leichnam der Ermordeten verschwinden ließ. Diese Frage hat vom rein kriminologischen Standpunkt verschiedene Rätsel aufgegeben. Die vollkommene Verbrennung von Leichenbestandteilen in gewöhnlicher Ofenluft ist, wie die Erfahrung lehrt, nahezu ein Ding der Unmöglichkeit. Die Untersuchung ergab die Wahrscheinlichkeit, daß Horák die Leichenteile auf einer eigens zu diesem Zweck angeschafften Feldschmiede verbrannt hat, die bei Kohlenverbrennung Dampfen entwickelt, die die eines Krematoriums noch übersteigt. Das chemische Institut der Karlsuniversität hat in den vorgefundenen Abfallresten tatsächlich Verbrennungsprodukte von Fleisch und Knochen festgestellt. Die chemischen Sachverständigen können allerdings nicht mit voller Sicherheit feststellen, ob es sich um menschliche oder tierische Reste handelt, dagegen vermochten die antropologischen Sachverständigen nach genauer mikroskopischer Untersuchung eines Knochenrestes ihre Gutachten dahin abzugeben, daß dieser Knochenrest von einem menschlichen Schienbein herrühre.

Nach der psychologischen Seite scheint schon heute so viel festzustehen, daß der Mörder Kamil Horák ein Mensch von abnormer Gefühlslosigkeit und Unempfindlichkeit ist — eine weitere Parallele zu Stápanek. Es wird abzuwarten sein, wie die Prüfung des Geisteszustandes Horáks ausfallen wird. Die Polizei hat, wie erwähnt, ihre Erhebungen über den Mordfall bereits abgeschlossen und die Sache ruht nun in den Händen der Staatsanwaltschaft. Ob die Anklage tatsächlich noch in dieser Schwurgerichtsperiode wird überreicht werden können, steht noch dahin.

Tisza entlassen werde, da sie für den Ausbruch des Krieges verantwortlich sei. In dem nun veröffentlichten Briefe protestiert Tisza gegen diese Ansicht und tritt für Friedensverhandlungen ein.

Sturm auf dem Schwarzen Meer. Das Schwarze Meer ist seit einigen Tagen sehr stürmisch. Die Wellen erreichen eine Höhe von 30 Meter. In Burgas wurden der ganze Strand und die am Meer gelegenen Partanlagen überschwemmt. An einigen Stellen erreichte das Wasser die nach dem Städtchen Pomoria führende Eisenbahntrasse. Ueber das Schicksal einiger Fischerboote herrscht Ungewißheit. Von einigen auf dem Meere befindlichen Schiffen wurden Ölfeuerturme aufgefunden. Die Schiffe können nicht in den Hafen einlaufen. Dem französischen Dampfer „Ville de Toulon“, der mit einer Holzladung von Konstanza unterwegs war, gelang es nur mit großer Mühe, im Hafen von Burgas Zuflucht zu finden. Das geladene Holz war während des Sturmes von den Wellen, die über das ganze Schiff fegten, größtenteils fortgeweht worden.

Der fahrende Forellentod. In der Umgebung des Badesortes Vilasjed in Ober-Ungarn fuhr ein betrunkenen Chauffeur, der einen Lastwagen mit geklammertem Kalf führte, in den Garadnas-Bach, in welchem eine Forellenzucht angelegt ist. Im Wasser kam der betrunkenen Chauffeur zur Befinnung und vernichtete sich rechtzeitig zu retten. Der Kalf fürbte kilometerweit das Wasser des Baches wieh und vernichtete viele tausende Forellen und Krebse. Der Schaden wird auf einige tausend Pengó geschätzt.

Die Vater hat wieder geheiratet. Die bekannte Regenerängerin Josefina Václav, die eben im Revuetheater Rolis Vergée auftritt, hat den 27-jährigen französischen Industriellen Lion geheiratet, der um drei Jahre jünger ist als sie.

Josefine Václav wurde kürzlich von ihrem ersten Gemahl, der italienischer Abstammung ist, geschieden.

Rekord einer Sowjetfliegerin. Die Sowjetfliegerin Grisodubová erzielte einen Schnellleitrekord in der Kategorie der leichten Wasserflugzeuge. Sie bewältigte die Strecke von 100 Kilometer mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 190,88 Kilometer in der Stunde.

Überschwemmung in Anatolien. Gewaltige Regenfälle während der letzten Tage haben große Überschwemmungen im Gebiete von Mittel-Anatolien verursacht. Die beiden Flüsse in der Ebene von Konja sind aus ihren Ufern getreten. Schäferherden wurden von den Fluten mitgerissen und vierzig Häuser zerstört. Ob Menschenleben zu beklagen sind, ist noch nicht feststellbar. 300 Familien sind obdachlos geworden. Ebenso schwer ist das ganze Gebiet um Eibstan und die Stadt Emruga mitgenommen.

ÖBU in Warschau? Das polnische katholische Blatt „Katholicki Dziennik“ meldet heute, daß am Montag sechs Inspektoren der sowjetrussischen ÖBU eine Durchsichtung der Sowjetbotschaft in Warschau vorgenommen haben. Wie das Blatt mitteilt, befragten die Vertreter der ÖBU die einen jährlichen Aufruf des ÖBU-Chefs J. C. S. hatten, alle Dokumente im Schriftlich des ehemaligen Sowjetbotschafters Janow Dawida und des ehemaligen Presse-Artistes Alexandroj, die kürzlich nach Moskau berufen wurden und über deren Schicksal vorläufig nichts bekannt ist. Die Vertreter der ÖBU seien Dienstag früh nach Moskau abgereist.

Streik der Totengräber. Seit Dienstag streiken im Stadtteil Brooklyn die Totengräber und Angehörigen des dortigen großen Friedhofes. Dadurch

Militärverrat

Prag. (Amtlich.) Das Divisionsgericht in Prag verurteilte am 30. November den Infanterieoffizier František R. z. l. wegen des Verbrechens des Militärverrates nach § 6. Absatz 2. des Gesetzes zum Schutze der Republik und wegen des Verbrechens der Desertierung zu achtzehn Jahren schweren Kerkers mit den entsprechenden Verschärfungen und zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von fünf Jahren. Der Angeklagte hat die Strafe angetreten.

haben bisher 17 Verordnungen nicht stattfinden können. Die Polizei bewacht den Friedhof, um einen Sippenstreik der Totengräber zu verhindern.

Die Aktion „der millionte Rundfunkhörer“ endet am 1. Dezember. Das Post- und Telegraphenministerium teilt amtlich mit: Die Verlosungsaktion „Der millionte Rundfunkhörer“ endet Mittwoch, den 1. Dezember d. J. Die Verlosungsumstellungen können daher den Postämtern zwecks Beglaubigung und weiterer Behandlung spätestens bis zum Schluß der Amtsstunden am Mittwoch, den 1. Dezember d. J. vorgelegt werden. Nach Ablauf dieser Zeit vorgelegte Anmerkungen werden zur Verlosung nicht mehr zugelassen.

Ein Autobus brennt. Am Dienstag nach 14 Uhr fuhr ein holländischer Autobus, von Eindhoven in Holland kommend, von Schneberg gegen Wodenbach. Besetzt war er mit 26 Personen, fast durchgehend tschechischen Musikern des Zirkus Sarafani, die noch am selben Tage nach Witten wollten. Infolge des starken Gefälles der Straße von Wodenbach gegen Obergrund mußte der Chauffeur die Bremsen stark anziehen und offenbar dadurch geriet der Autobus in Brand. Erst in der Nähe des Hungersteines wurde der Chauffeur aufmerksam gemacht und brachte den Wagen zum Stehen. Glücklicherweise entzündete sich das Benzin nicht und die Wodenbacher Feuerwehr, die rasch zur Stelle war, konnte in kurzer Zeit die Flammen löschen. Nach etwa einhundertgiger Unterbrechung setzten die Leute ihre Fahrt fort.

Bewölkt, Niederschläge. Die Druckverteilung bedingt nunmehr erneut einen Zustrom wärmerer ozeanischer Luft gegen das Binnenland. Bei uns ist jedoch die Temperatur am Dienstag noch im ganzen unvorbereit geblieben. Nur auf den Rändern des Erzgebirges hat sich der Frost bis auf minus 2 Grad gemildert. In den Niederungen ist leichtes Tauwetter vorübergehend. Strichweise fällt etwas Schnee. In Deutschland regnet es. Kalte Luftmassen, die auf Nordeuropa bis nach Skandinavien und ins Ostseegebiet vorgezogen sind, werden durch die warme Westwindzone angedrückt werden. — Weiterausrichten für Mittwoch: Unbeständig und vorwiegend bewölkt, zeitweise Niederschläge, namentlich im nördlichen Teile der Republik, mäßig warm. Bewölkt. Auch auf den Bergen Temperaturanstieg. — Wahrscheinliches Wetter Donnerstag: Das unbeständige und mäßig warme Wetter dürfte noch anhalten.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Donnerstag:
Prag, Sender I: 7: Morgenmusik, 10:05: Deutsche Presse, 14: Deutsche Sendung; Roman liest eigene Erzählungen im Dialekt, 17:00: Deutsche Sendung; Jugendlit: Vom Wandel der Zeiten, 18:10: Doreen Sigmond; Der Wald — eine Lebensgemeinschaft, 18:25: Kulturer: Die Frobe auf der Altdarumspäh, 18:45: Deutsche Presse, 18:55: Aus dem deutschen Kulturleben, 19:15: Militärmusik. — Prag, Sender II: 14:20: Deutsche Sendung; Kleines Solistenkonzert; Der unbekannt Schumann, 14:55: Deutsche Presse, 18: Nieder aus Tonstimmen. — Brünn 15:15: Rundfunkorchesterkonzert, 17:40: Deutsche Arbeiter sendung; Vertel: Was soll der Arbeiter lesen? Vorträge 11:05: Solistenkonzert, 22:30: Schallplattenkonzert. — Rádekř-Odrau 12:35: Rundfunkorchesterkonzert; Vorhina, Krieg etc. 17:55: Deutsche Sendung; Reportage aus dem fädt. Museum in Arendershal.

Weltbürgertum

Von Will Schaber

In diesen Tagen erscheint im Sojurn-Verlag in Wien ein neues Buch von Will Schaber unter dem Titel „Weltbürger — Bürger der Welt“. Das Buch schildert das Werden aller Kulturen aus Solidarität und Wohlwollendenschaft. — Mit Genehmigung des Verlages bringen wir einen Abschnitt als Vorabdruck.

Das Wesen des Geistes ist Bestimmtheit und Ungrenzung. Durch das dunkle Chaos der Materie bricht das Licht des Gedankens. Linien werden sichtbar. Die Namengebung der Anonymen setzt ein. Bilder entstehen, und ihre Summe ergibt unser Welt-Bild, unsere Welt-Anschauung.

Aber die Linien der Erkenntnis sind nicht unumkehrbar; sie bleiben sie eine Funktion des geistigen Lichtes, das von innen nach außen dringt, die Objekte erfasst und von da als Reflexlicht zurückkehrt, die Strahlungsenergie des Ursprungs mehrend. Von der Stärke dieser Energie hängt die Lebendigkeit unserer Bilder ab. Je heller und wärmer das Licht in seiner wechselnden Richtung strömt, desto genauer und persönlicher wird unsere Anschauung, desto eher löst sich der Plural verstreuter und vereinzelter Linien zum Singular der einen erhellenden Gesamtheit; desto mehr Freiheit erobert wir uns. Wir befreien uns: von Dunkel und Enge, von der Wirrheit des Chaos. Solche Freiheit des Erkennens aber ist das höchste Glück des Menschen; denn ihr Korrelat heißt Liebe.

Nur also Grenzung ein Versuchung des Geistes, so bildet die feste Verettschaft zur Revision seine notwendige Ergänzung. Jenes ist das Teil der ordnenden Vernunft, die auf Linie, Kontur, Haltung besteht; dieses aber Sache des Willens, der sich nie mit dem Gegebenen und Erreichten abzufinden vermag und zu größeren Perspektiven drängt. Verzicht auf Grenzen wäre mit einer Absage an den formgebarenden Logos, Erläuterung der Grenzen mit einem Mangel an Ethos gleichbedeutend. Zwischen beiden Velen die Mitte zu halten, ist das Problem des Lebens. Wir müssen immer wieder Grenzen ziehen — um den Blick darüber hinaus richten zu können. Ein Verharren im gegebenen Kreise führt schließlich zu einer Erstarrung des geistigen Lichtsentrums, das die Fähigkeit verliert, Reflexstrahlungen neuer, früher unerkannter Objekte in sich aufzunehmen. Und damit verflümmern die Bilder, ihr Glanz er-mattet, das Leben des Geistes steht dahin.

Das ist erst der Fall unserer Zeit. Alle ihre Krisen lassen sich auf diesen einen Ursprung zurückführen. Die Angehörigen unserer Zeit haben es weithin verlernt, Lernende zu sein. Sie wollen das Fremde nicht mehr erkennen und (damit an-erkennen), sie wollen es sich unterwerfen (und an-gleichen). Sie sehen nicht mehr, wie das Fremde durch seinen Bestand das Eigene auf allen Seiten zu übren und zu stärken vermag, wie Zugewinnung das Licht der Welt mehrt, gewalttame Angleichung aber es zum Erlöschen bringen muß. Sie leben im Wahn ihrer eigenen Enge, die sie in einem schauerlich-geipenischen Unpersonalselbst mit der Welt identifizieren. Es ist der Rück der Autochthonie, unter dem sich unsere Epoche

unter Krampf und Schmerz windet; einer Autochthonie, die alles Andersartige vernichten möchte, nichts abend, daß sie damit sich selbst Vernichtung androht. Der härteste Strom muß verfließen, wenn die Zuströme aufhören. Das ist ein Gesetz der Natur; im Bereich des Geistes gilt es nicht minder.

„Eine jede Literatur ennuiert sich zuletzt in sich selbst, wenn sie nicht durch fremde Teilnahme wieder aufgefrischt ist.“ — dieses Bekenntnis stammt von Goethe, dem Mäurer der Entwidlung und organischen Vollendung alles Seins. Er konstatierte den Begriff „Weltliteratur“. War dies eine Absage an das Nationale? Durchaus nicht. Aber es sollte heißen, daß der Geist, wenn er Kraft und Wirklichkeit erlangen wollte, offen, weltoffen bleiben müsse; daß er sich, fern aller geistigen Isolation und Kollapsung, dem Werden zu weihen habe. Wir kennen aber kein Werden ohne Laus und Wechselwirkung, ohne Anregung und Teilnahme fremder Kräfte.

Glückliche Völker und Individuen, die sich solche Aufgeschlossenheit zu bewahren wußten! Sie sind die Mittler und Förderer aller Kultur — Jünglinge, deren eigene Werke nicht immer Reife immer aber das Leben in sich tragen. Mehr noch als sie gehört werden wollen, sind sie bereit, den andern Götter zu schenken. Auch als Lehrer bleiben sie Schüler. In ihrem Leben liegt weder Pose noch Ambition; ihr Nehmen hat nichts von den Weiten eines unerkenntlich-schönen Raffertums. Es ist der edelste Laus, der sich da vollzieht — der Imperialismus des Geistes und der Seele — der einzige, dem man Kampf und Erberungsrechte auf dem Erdball zugestehen darf.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die Beschäftigung der Industrie

Rückschläge und Stockungen in einigen Branchen

Der Monatsbericht der Nationalbank gibt folgende Einzelheiten über die Lage der Industrie im Oktober und Anfangs November:

Die Kohlenförderung ist im Oktober zurückgegangen, so daß sich bei der Braunkohle sogar eine unter dem vorjährigen Oktober liegende Förderung ergab. Die Metallindustrie verzeichnete in den Eisenwerken eine Abschwächung des Auftragsbestandes für Walzwarenprodukte und einige andere Fabrikate. Die Emailwarenindustrie meldete zu Beginn des Monats einen unerwarteten Auftragsrückgang. In der Maschinenindustrie ist im allgemeinen die Lage unverändert, doch ist auch da in einigen Zweigen eine Abschwächung zu verzeichnen. Ueber die Keramikindustrie und die Glasindustrie sagt der Bericht:

Der Kaolinabfah war unverändert. In neuester Materialien hält die Absatzsteigerung infolge des bedeutenden Bedarfes der Güttenindustrie an. In der Porzellan- und Baumaterialienindustrie ist der saisonmäßige Produktionsrückgang bisher noch nicht stärker zum Ausdruck gekommen. In der Feinkeramik resultierte im Oktober ein leichter Beschäftigungsrückgang, nachdem die Entwicklung in den vorhergehenden Monaten durchaus günstig verlief. Die Ursachen des Rückgangs sind in den Exportschwierigkeiten, hauptsächlich den Zollrückstellungen für Sanitärporzellan in Frankreich und in der scharfen Preislenkung zu erblicken. In der Porzellanwarenindustrie verursachte der Abfall der Kontingente nach einzelnen Ländern eine Verminderung der Beschäftigung. Auch im Bestellungenlauf ist eine Abschwächung zu bemerken.

Glasindustrie. Die bisher günstige Exportentwicklung hält weiterhin an. Der Glasexport war im Oktober um etwa 30 Prozent höher als im vorjährigen Oktober. Die Gesamtexporte in den ersten zehn Monaten d. J. war wertmäßig um 163 Mill. Kč, das sind etwa 34,3 Prozent höher als 1936, während sich im Vergleich mit 1929 noch immer ein Rückstand im Export bei etwa 58,2 Prozent des Exportwertes vom Jahre 1929 ergibt.

Die Aussichten für die nächste Zeit bleiben günstig, besonders mit Rücksicht auf den Weltmarkt. In der Gabelzuckerindustrie dauert die günstige Tendenz an, wenngleich sich hier und da eine vorübergehende Abschwächung zeigt. Die Exportschwierigkeiten dauern allerdings an.

Der Baumwollgewinn wird für die nächsten Monate eine günstige Prognose gestellt. Aus allen Zweigen der Baumwollindustrie meldet die Abfahmgesellschaften insbesondere in den Investitionsbranchen günstig beurteilt. Die Papierindustrie war im Oktober schwächer beschäftigt.

In der Beschäftigung der Textilindustrie zeigte sich im vergangenen Monat keine Besserung, in der Mehrzahl der Branchen erfolgte eine neue Abschwächung, die auch in einer weiteren Verminderung der Beschäftigung zum Ausdruck kommt. Eine stärkere Verschlechterung der Situation ist in den Flachspinnereien und Webereien infolge der ungünstigen Verkaufssituation in USA eingetreten. Die weiteren Aussichten sind ziemlich unklar und hängen zum großen Teile von der Regelung der Steuerfragen, welche die Textilindustrie besonders betreffen, ab. Die Leinwandindustrie ist in hohem Maße von den Verhandlungen über den Vertrag mit USA abhängig.

Eine ungelöste Frage

(A. F.) In den letzten Tagen verteilte der Landwirtschaftsminister wiederholt auf die Disparität zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse, die nach seinen Angaben 15 bis 20 Prozent zu Ungunsten der Landwirtschaft betragen soll, jene zwischen den Produktionskosten und dem Erlös der Landprodukte 37 Prozent. Daraus leitete der Minister die Notwendigkeit von Hilfsmitteln für die Landwirtschaft ab.

Wir haben wiederholt unsere Bereitschaft zur Mitwirkung bei der Lösung der bäuerlichen Existenzfragen zum Ausdruck gebracht und unter Beweis gestellt. Andererseits müssen wir aber auch verlangen, daß die bisher vom Landwirtschaftsministerium viel zu wenig vertretenen besonderen Interessen der sudetendeutschen bürgerlichen

Man erhält für	Kč
100 Reichsmark	613.—
100 Reichsmünzen	660.—
100 österreichische Schilling	526,50
100 rumänische Lei	16,05
100 polnische Zloty	500,50
100 ungarische Pengo	548,50
100 Schweizer Franken	656,50
100 französische Francs	95,70
100 spanische Pesetas	140,90
1 englischer Pfund	28,30
1 amerikanischer Dollar	118,40
100 italienische Lire	1574.—
100 holländische Gulden	61,30
100 jugoslawische Dinare	61,30

Bevölkerung mehr Beachtung finden müssen und daß dieses bei allen Maßnahmen Berücksichtigung muß, daß die Kaufkraft gerade der deutschen arbeitenden Menschen unseres Staates noch immer sehr schwach ist und keine größere Belastung verträgt. Das Landwirtschaftsministerium muß deshalb Mittel und Wege wählen, die diesen Forderungen entsprechen. Man möge im Landwirtschaftsministerium nicht nur die Beseitigung der Disparität durch neue Lasten, die man den Verbrauchern auferlegen will, suchen, sondern auch einmal daran denken, Maßnahmen zur Beseitigung der hohen Produktionskosten zu treffen. Man denke nur an die Kunststicker-Nebergewinne, die übermäßige Verteuerung der Futtermittel durch das Getreidemonopol usw. und man wird sofort erkennen, daß die Möglichkeit vorhanden ist, die Herstellungskosten der landwirtschaftlichen Produkte wesentlich zu vermindern. Unserer Unterstützung ist das Landwirtschaftsministerium bei einer derartigen Aktion gewillt.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Erörterung steht gegenwärtig die Frage des Milchpreises. Die sudetendeutsche bürgerliche Bevölkerung, die vorwiegend auf die Erträge aus der Viehhaltung angewiesen ist, hat es seit langem als untragbares Unrecht betrachtet, daß man ihr zwar durch die Einführung des Getreidemonopols zum Teil beträchtliche Belastungen auferlegte, andererseits aber die Regelung anderer für sie grundlegender Fragen immer wieder hinausschiebt. Dieses Verhalten ist umso berechtigter, als ihr auch die Schuldenregelungsgesetze keinerlei nennenswerten Vorteile brachten und sie deshalb bei der Schaffung des landwirtschaftlichen Hilfsfonds vorwiegend Berücksichtigung finden mußte. Es wäre wünschenswert, daß mit Beschleunigung die notwendigen Arbeiten vorgenommen werden. In einer Beratung der bäuerlichen Viehhalter des Schlagenswalder-Schönthaler Hochlandes am vergangenen Sonntag wurde darauf verwiesen, daß die Händler bei einem Verkaufspreis von Kč 1,60 den Landwirten in den Orten 70 Heller bis höchstens Kč 1.— bezahlen, somit per Liter Milch 60 bis 90 Heller brutto verdienen. Eine Enquete bei der Bezirksbehörde in Elbogen vor zwei Jahren setzte den Produzentenpreis mit Kč 1,20 und den Händlergewinn mit 40 Heller fest. Nur ganz kurze Zeit haben sich die Händler daran gehalten. Daß ein Preis von 70 Hellern die Herstellungskosten nicht deckt, ist klar. Das Beispiel zeigt aber auch, daß eine Erhöhung des Preises für den Landwirt möglich wäre, ohne gleichzeitig den Konsumentenpreis erhöhen zu müssen. Die Zwischenhandelsspanne ist hier unangemessen hoch. Auch hier wird, so wie in Prag, wiederum klar, daß die Förderung nach Erhöhung der Milchverkaufspreise nicht gerechtfertigt ist und daß im Rahmen der derzeitigen Konsumentenpreise die Möglichkeit geschaffen werden könnte, den Produzenten einen höheren Preis zu geben. Wenn sich der Milchmarkt nicht an die festgesetzten Preise hält, so werden Maßnahmen nötig sein, die die Preiseinhaltung gewährleisten. Bei Gründung neuer Kollereien müßte jedoch auch darauf gesehen werden, daß die Landwirte den einigermäßen gesicherten Milchabfah nicht durch eine empfindliche Preislenkung und andere schwere Belastungen erlassen müssen. Die Senkung der Kraftfuttermittelpreise ist ein dringendes Erfordernis, damit die Viehhalter wiederum die Möglichkeit erhalten, Kraftfutter zu geben und eine fettreichere Milch erhalten.

Rundgebungen der Privatangehörigen in der ganzen Republik. In 200 vom Einheitsverband der Privatangehörigen einberufenen Versammlungen werden am 5. Dezember die Privatangehörigen aller Kategorien in der ganzen Republik ihrem Anspruch auf einen gerechten Anteil an den Früchten der günstigen Konjunktur öffentlich Nachdruck geben und die rasche Durchführung einer Reihe sozialpolitischer Maßnahmen verlangen. Als besonders dringend werden die Versammlungen u. a. die Durchführung einer planmäßigen Vorsorge zur Entwicklung einer echten Friedenskonjunktur, die für längere Dauer gesichert wäre, fordern.

Der Staat für die Altpensionisten der Grundbesitzer. Die Stellung eines großen Teiles der Altpensionisten der Grundbesitzer, die den aktiven Dienst noch vor der Durchführung der Bodenreform verlassen haben und auf welche sich demnach die im Gesetz über die Bodenreform befindlichen Versorgungsbestimmungen nicht beziehen, wurde bei den eintretenden Leverageverhältnissen sehr erschwert, da ihre Versorgungsgelüste nicht ausreichend waren. Der Staat erhöhte in dem Bestreben, die schwierige Lage dieser Pensionisten bzw. ihrer Witwen und Waisen zu mildern, freiwillig — im Sinne des Gesetzes 71/1936 — ihre Versorgungsgelüste durch einen Sonderbeitrag, der aus dem vom Ministerium für Landwirtschaft verwalteten Deduktionsfonds bestritten wird. Auf diese Weise hat der Staat 1813 Personen bis 30. September d. J. freiwillig Unterstützungen in der Höhe von Kč 3.965.125.— zugewendet. Von diesen waren 76,2 Prozent tschechischer und 22,4 Prozent deutscher Nationalität. Von dem Gesamtbetrag erhielten 72,4 Prozent tschechische Bewerber und 25,5 Prozent deutsche Bewerber.

Die Reorganisation der englischen Kohlenindustrie

Von dem neuen englischen Gesetz über die Kohlenindustrie wird ein weitgehender Einfluss auf die Struktur dieses ganzen Industriezweiges erwartet. Nach englischem Recht umfasst das

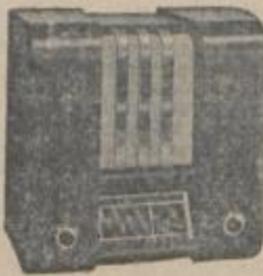
Grossuperkonfort im Volksgerät

IRON PRINCE

Kč 1.890.—

oder 10 Raten à Kč 166.—, Anzahlung Kč 420.—

7 Abstimmkreise, regelbare Selektivität, Wellen von 19,5 — 2000 m, Trigridautomatik, Speziallautsprecher, für Wechselstrom 110 — 240 V.



Fa IRON, BRÜNN XV., Habermannova 40.

Ich ersuche um Einsendung von Prospekten über IRON PRINCE.

Name

Adresse

Eigentum an Boden auch alle Rechte auf den unter ihm liegenden Raum, so daß die Bodeneigentümer ständige Vergütungen von den Kohlenproduzenten, die sogenannten Royalties, beziehen. Dieses System hat wesentlich zur Zersplitterung der Grundunternehmungen beigetragen; es gibt derzeit vier- bis fünftausend solcher Besitzer von Royalties. Das Gesetz sieht nun den Ankauf aller Royalties durch eine Kommission vor, die dann Eigentümerin aller in Großbritannien vorhandenen Kohlenlagerungen sein wird. Für diesen Zweck soll eine Summe von nahezu 67 Millionen Pfund (ungefähr neunhundert Milliarden Kronen) vorgezogen sein, die im Schiedswege festgesetzt wurde, nachdem die Eigentümer 150 Millionen Pfund verlangt hatten. Der Ankauf muß bis zum 1. Juli 1942 durchgeführt sein. Bis zu Mebergabe werden die Eigentümer ihre bisherigen Rechte behalten, aber einer Kontrolle unterworfen sein, damit sie keine Wertverminderung vornehmen.

Höhere Lebenshaltungskosten in Amerika. Das Finanzorgan „Wall Street Journal“, das sonst der Politik der Massenaufrüstung nicht sehr freundlich gegenübersteht, gibt zu, daß eine Familie mit einem Monatseinkommen von 120 Dollar im Jahre 1933 bereits 143 Dollar im September 1937 ausgeben mußte, um das gleiche Lebensniveau einzuhalten. So liegt in dieser Zeit eine Rente von 24 Dollar auf 33,33 Dollar. Die Mietpreise sind um 18 Prozent gestiegen, wobei mehr als die Hälfte der Steigerung auf das laufende Jahr entfällt.

Das freie Spanien der Zukunft!

Eine bedeutsame Rede des spanischen Präsidenten Don Manuel Azaña in Madrid

Ein äußerst bedeutsamer Vorgang — leider bei der allgemeinen Weltlage selbst in der sogenannten „Weltpresse“ nicht allzusehr beachtet — hat sich dieser Tage in Spanien vollzogen. Der Präsident der Spanischen Republik, Don Manuel Azaña, erschien mit Befolgen im belagerten Madrid und wurde von General Miaja mit allen militärischen Ehren empfangen. Der Präsident, der lange genug in gewissem Sinne demonstrativer Weise sich in seiner hohen Stellung isoliert hielt während mancher Krisen und Wechselfälle des Bürgerkrieges, ist jetzt aus dieser seine Referat erstmalig herausgetreten. Don Manuel Azaña, der Präsident-Befehlshaber, ist ein klassischer Vertreter jenes romanischen Rhetorikertums, ein spanischer „Orator“ von so geschliffener humanistischer Schulung, daß wir eine wesentliche Stelle seiner in Madrid gehaltenen Rede hier in wortgetreuer deutscher Uebersetzung bringen möchten. Zumal sie so beachtliche, ehrenhafte und wahrhaft politische Gedanken in Hinsicht auf die endliche Liquidation der spanischen Tragödie enthält, daß sie eine tragende Rolle für die dann Verantwortlichen auch werden spielen müssen, wenn beispielsweise das Hitlerregime in Deutschland oder Mussolini in Italien einmal der Rückkehr Europas zu seiner Norm und seinem Daseinsgesetz werden weichen müssen.

Es heißt an dieser entscheidenden Stelle der Rede des spanischen Staatsoberhauptes, die übrigens auch von dem legitimen spanischen Sender Barcelona in alle Welt gesandt wurde:

„Diese Antwort geben wir allen, die uns danach fragen — diese einfache Antwort: wir, wir schlagen und um unserer Selbstverteidigung willen; wir schlagen und, weil wir das Leben unseres Volkes zu schützen haben — dieses und alle seine höchsten moralischen Werte, wirklich und vollständig; alle wahrhaftigen Werte Spaniens; die vergangenen, die gegenwärtigen und diejenigen, die ihr noch einmal fähig seid, hervorzuheben.“

Wir stellen uns dem Krieg, nicht weil er uns Freude macht und wir ihm Geschmack abgewinnen und am wenigsten, um im Kriege militärischen Ruhm zu finden. Sondern: weil wir für den Ruhm der nationalen Freiheit und Unabhängigkeit sind!

Wir, die Erneuerer der spanischen Politik, die Vorkämpfer der Republik, die Arbeiter an der Republik, um sie in ein Werkzeug der Zivilisation und des Fortschrittes in unserem Lande zu verwandeln — wir haben auf nicht das geringste Verzicht geleistet, was erhaben und groß in der Geschichte Spaniens ist, absolut: auf nichts! ... Wer könnte einem Krieg gegenüber eine klarere, vernünftiger, annehmbarere Antwort geben, als wir sie erteilen? Und diese Antwort ist notwendig, diese moralische Ueberzeugung ist erforderlich, weil niemandem von uns, die wir alle unsere Pflicht auf uns nehmen, wie sie ist, mit aller ihrer Größe, mit aller ihrer Größe und mit all ihrer zerstörerischen Wirkung — weil

keinem von uns, auch nicht diesen Soldaten, die hier um mich stehen, der Krieg als ein großes Fest, als ein Sport, als eine Unterhaltung für lebensvolle Erwachsene erscheint.

Man pflegt jetzt in solchen Fällen den Namen des Vaterlandes anzurufen. Wenn die Nation brüllt, entziehen sich nur wenige der Religion, in welchem Lager sie auch stehen mögen, den Namen ihres Vaterlandes zu beschwören. Und manchmal sogar den Namen Gottes! Es ist geradezu gefährlich, sich schon im Voraus die Versicherung geben zu lassen, daß ein Gott das eine Heer gegen das andere schützen möge. Und daß man auch mit der göttlichen Vorsehung rechnen, um eine Schlacht zu gewinnen. Jedoch noch härtere kommt es vor, daß der Name des Vaterlandes dabei beschworen wird. Dagegen verweigere ich mich! Kein Krieg kann sich freiwillig im Namen des Vaterlandes entzünden, wenn es nicht ist in der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit. Der einzige gebilligte Wert eines Vaterlandes, der einen Krieg rechtfertigt, ist die Selbstverteidigung gegen einen fremden Eindringling. Aber den Namen des Vaterlandes anzurufen, um einen Bürgerkrieg zum Entfachen zu bringen, ist ungerechtfertigt, wie man auch nicht glauben darf, daß das Vaterland irgend eine Art von über den Wolken thronender Gottheit, einer blutdürstigen, wäre, vor der von Zeit zu Zeit einige Hunderttausend seiner Söhne geopfert werden müßten, um sie wohlgefällig und zufrieden zu erhalten. Wir glauben, daß nicht so das Vaterland sein kann! Unser Vaterland ist in seiner Distanz von den Spaniern. Wir selbst sind unser Vaterland in ständiger Beziehung, wie es unser Gebiet ist, unsere Städte, wie es die Generationen sind, die erst morgen kommen mögen, und wie wir selbst es sind, die Erben des vergangenen. Und so glaube ich, niemand kann zulassen, daß irgend eine unbestimmte, unerkennbare, verborgene Wesenheit sollte existieren — verschieden in ihrem Interesse, in ihrem Anspruch und in ihren Forderungen von uns, den eigentlichen Landesleuten — ein unsichtbares Wesen, vor dem man aus der Laune einer Politik heraus oder wegen des Anspruchs irgend einer Politik oder wegen einer Parteiforderung im Namen eines solchen Vaterlandes blutdürstiger Art das Leben von Tausenden seiner Söhne zu opfern schuldig wäre. Das freilich erscheint mir als eine Ungehörlichkeit, aus der die andere riesige Ungehörlichkeit des Bürgerkrieges emporsteigt, den wir jetzt zu überstehen haben.“

Wird man nach dieser von höchster innerer Verantwortung durchdrängten, menschlich weithin leuchtenden Manifestation des Zuständigsten im republikanischen Spanien, eben seines rechtmäßigen Staatsoberhauptes, noch vom „spanischen Volkswort“ reden dürfen, ohne die hohe Absicht des weltpolitischen Einbrechers und Geldschrankenackers an der eignen Stirn offen zur Schau zu tragen?

F. E. Roth

